



Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafts-Wirtschaft

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM., halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Reichsfischierei u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Sprechstelle: 17299 / Polizeidirektion: Dresden Nr. 18690 / Dresdner Verlagsgesellschaft: Güterbahnhofstr. 2 / Sprechst. Alm Dresden Nr. 17299 / Drahtanzeige: Arbeiterschiff: Arbeiter-Schiffleitung: Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Umsatzpreis: Die neuval. gehaltene

Zeitung

am 9. Januar

10 Uhr

zu zuge

Sachsen

Arbeit und Wissen

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 9. Januar 1928

Nummer 7

Der KPD-Vorstand bestätigt Noske

Der Bezirksvorstand der SPD Ostsachsens und die Volkszeitung verschweigen die Provokation

Noske offizieller Wahlkandidat

Die endgültige Entscheidung über die Noske-Kandidatur ist gefallen. Wie wir erfahren, stand am Donnerstag eine Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei statt, in der Vertreter des Wahlkreises Weißer-Elster anwesend waren. Diese sozialdemokratischen Delegierten richteten an den Parteivorstand die Frage, ob sie die Austrittserklärung Noskes als Reichstagabgeordneter vornehmen könnten, ohne daß der Parteivorstand sie später besavvierten und gegen die Kandidatur Einspruch erheben werde. Der Parteivorstand der SPD erteilte daraufhin den Vertretern von Weißer-Elster den Auftrag, in der Richtung zu arbeiten, daß ein möglichst einhelliger Beschluss über die Austrittserklärung Noskes zu stände komme. Der Parteivorstand selber werde unter gar keinen Umständen gegen die Kandidatur Stellung nehmen, sondern unbedingt an ihr festhalten.

So haben die Wels, Hermann Müller und Stammert sich endgültig entschieden. Während die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter auf Grund des dauernden Schweigens des Vorwärts von Seiten ihrer Partei überhaupt noch nicht die leiseste Andeutung über die Möglichkeit der Kandidatur Noske erfahren haben, während in einer Reihe linker Bezirke den SPD-Arbeitern eben noch vorgedacht wurde, über die Frage der Noske-Kandidatur sei überhaupt noch keine Entscheidung gefällt, verhandelt der Parteivorstand bereits definitiv und verpflichtet sich, die Kandidatur des Arbeiterschlächters unter allen Umständen zu dulden. Schamlos und zynisch läßt sich der Betrug an den sozialdemokratischen Arbeitern unmöglich vollziehen, als es die Busenfreunde Noskes im sozialdemokratischen Parteivorstand zuwege gebracht haben.

Der Bezirksvorstand Ostsachsens der SPD, die Dresdner Volkszeitung, auch Oskar Edel, der doch dauernd behauptet, die sächsischen Sozialdemokraten wollen, daß die SPD eine Arbeiterpartei sei, die einen ununterbrochenen Kampf gegen die KPD und Sowjetrußland führe, sie schweigen zum Noske-Mandat. Diese sogenannten Linken betreiben die gleiche Taktik wie der Vorwärts, sie verschweigen das Wiederaufmarschieren Noskes den Arbeitern. Die sächsischen Radikalen schwimmen im Nosketurs. Der Mann, der sich selbst als den Bluthund bezeichnete, der Henker an der Revolution fehlt mit Willen und Zustimmung des SPD-Parteivorstandes zurück in die offizielle SPD-Politik. Er tritt auf als Reichstagsabgeordneter. Die tapferen Männer vom österräumlichen Bezirksvorstand schweigen. Die radikalen Phrasendreher enthüllen sich als Noskesozialisten. Die „Linen“ stehen in einer Front mit Noske. Das Bekenntnis der SPD zu Noske, das Bekennen zur blutigen Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse, zu jenen Leichenhügeln und Massengräbern erschlagenen Arbeitern, die den Weg Noskes ziehen, zu jenem Meer von proletarischem Blut, das er vergossen hat, zu jener Wiederaufrichtung der kapitalistischen Herrlichkeit und Bürgerblockdiktatur, die er und seine weißen Horden vollbrachten — dieser neue Kriegsfall der Sozialdemokratischen Partei vor der Bourgeoisie ist keine Angelegenheit, die erst bei den kommenden Reichstagswahlen sprachhaft wird. Nein, heute schon will die Sozialdemokratische Partei der deutschen Bourgeoisie mit allem Nachdruck den Beweis liefern, daß die Herrschaft des Kapitals nicht das mindeste von ihrer Seite zu fürchten hat. Jene Große Koalition, auf die die SPD-Führer im kommenden Reichstag hoffen, wollen sie heute schon ermöglichen und vorbereiten. Heute schon soll das Bündnis der Hermann Müller, Wels und Hilferding mit dem Zentrum, mit der Deutschen Volkspartei mit dem Bürgerblock geschlossen und gefestigt werden.

Es ist kein Zufall, daß der endgültige Beschluß des Parteivorstandes in der Frage der Kandidatur Noskes unmittelbar vor dem neuen Zusammentreffen des Reichstages erfolgte. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei will der Bourgeoisie zeigen, daß er schon in der Frage des Reichstagswahlgeschehens, in der Frage der Wahlverschiebung wie auch auf jedem anderen Gebiet mit der Bourgeoisie durch dick und dünn geht, sich entweder offen mit ihren Anschlägen solidarisiert oder ihr zum mindesten nicht die leisesten Schwierigkeiten bereitet.

Gegen diese Politik des skrupellosen Klassenvertrates im Interesse der Bourgeoisie muß die Arbeiterklasse einen entschiedenen Gegenstoß durch die Verschärfung ihres Kampfes gegen den Bürgerblock und seine Handlanger, die Noskiden, führen. Die Eisenarbeiter im Ruhrgebiet, die die Scharfmacherfechtfechten der Stahlindustrie beantworteten, indem sie aus eigener Kraft nach acht Stunden den Betrieb verliehen, haben dem gesamten deutschen Proletariat ein Beispiel gegeben, das es nachzuahmen gilt.

Kampf gegen die Schulverpflichtung!

Kampf um die Belebung des Bürgerblockstreits und der Bürgerblockregierung!

Kampf gegen die verräterische Koalitionspolitik der SPD!

Klassenkampf unter der Führung der Kommunistischen Partei — das ist die Antwort der deutschen Arbeiterklasse auf die Kandidatur des Arbeiterschlächters!

Wieder eine schwere Explosionskatastrophe in Berlin

Ein Laboratorium in die Luft geslogen / Unbekannte Explosionsursache / 2 Tote, viele Verwundete

Die Toten der Explosionskatastrophe in der Landsberger Allee sind noch nicht beerdigt und schon wieder hat sich eine neue Explosionskatastrophe in Berlin zugetragen. Diesmal erfolgte die Katastrophe in der Villenkolonie in Grunewald. Die Katastrophe hatte nicht das gleiche Ausmaß wie am Donnerstag, aber nur deswegen, weil das in die Luft gelöste Villengrundstück nicht so stark bewohnt war wie das am vergangenen Donnerstag in die Luft gelöste Mietwohnhaus. In dem Villengrundstück Karlstraße 40—42, das von der Familie des Generalfeldmarschalls Weingärtner und seinem Schwager Dr. Willi Stammer bewohnt war, befand sich ein Laboratorium der Chemischen Werke, Kommanditgesellschaft Weingärtner u. Co. Durch eine Explosion, die in dem im Grundstück untergebrachten Laboratorium stattfand, wurde am Sonntag 9.15 Uhr eine katastrophale Verwüstung angerichtet. Der Hauptteil des Grundstückes ist verschont geblieben. Eine Autogarage von 10 Quadratmetern Umspannung lag in die Luft. Im Wohnhaus selbst wurde der nach dem Garten liegende Flügel, die Küche und ein Schlafzimmer von der Explosion völlig zerstört.

Der Chemiker Willi Stammer und die 23jährige Hausangestellte Martha Schönfelder wurden getötet. Mit schweren Verletzungen wurden das Ehepaar Peter sowie ihre drei Töchter, das Haussmädchen Annie Vagenda, der Hausdiener Walter Meinel und die Tochter Frieda Musche in das Krankenhaus gebracht. Ein in der Villa wohnender Untermieter Dr. phil. Blanke wurde dadurch gerettet, daß er in der Nacht zum Sonntag durch Versprechungen in Berlin festgehalten und nicht in seine Wohnung zurückgekehrt war.

Noskes Besitzenkarte



Halt!
Wer weitergeht
Wird erschossen!

„Einer muß der Bluthund sein!“ Auf Beschluß der Sozialdemokratischen Partei wird Noske in diesem Jahre Reichstagsabgeordneter. Der Henker der Revolution lebt wieder

Die Detonation der Explosion war so gewaltig, daß noch in den 10 Minuten von der Unglücksstelle entfernt liegenden Häusern die Fensterscheiben zertrümmert wurden. Bis nach Mitternacht wurde die Erschütterung wahrgenommen.

Die Ursachen der Explosion sind bisher noch nicht aufgeklärt. Vertreter der Kriminalpolizei, des chemisch-technischen Instituts der Technischen Hochschule sind mit der Auflösung beschäftigt. Die Firma Weingärtner beschäftigte sich mit der Herstellung homöopathischer Arzneimittel. Gleichzeitig aber hat sich Dr. Stammer mit der Herstellung von Sprengkapseln, sogenannten Knallsignalen für die Reichsbahn beschäftigt, die in diesem Laboratorium ausprobiert wurden.

Nach der Katastrophe wurden unter den Trümmern auch zwei große gebrauchsfertige gefüllte Fliegerbomben und mehrere Sprengkapseln hierzu gefunden.

Über den Verwendungszweck der Fliegerbomben wird bis jetzt noch nichts mitgeteilt. Die Bomben waren ohne Zünder. Nur einem Juwel ist es zugetreten, daß die Bomben nicht explodiert. Sonst wäre das ganze Stadtviertel in die Luft geslogen. Das Vorhandensein der Fliegerbomben und Sprengkapseln läßt die Vermutung aufkommen, daß neben der Reichsbahn Versuche mit Knallsignalen anstellen ließ, auch andere Reichsbehörden Versuche durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß die Explosion auf ein Kreieren von Sprengkapseln oder von Knallsignalen zurückzuführen ist.

Durch die Vernichtung der Autogarage, die vollständig vom Erdbothen verschwunden ist, keine größeres Unglück erfolgte, ist darauf zurückzuführen, daß die Garage als Lagerraum Verwendung fand. Benzinvorräte in derselben nicht mehr vorhanden waren. Bei einer solchen Bezinsexplosion oder bei dem Ausbruch eines Feuers durch die Explosion wären sicherlich noch die Sprengkapseln zur Entzündung und auch die Fliegerbomben zur Explosion gebracht worden.

Die Rettungsarbeiten waren außerordentlich erschwert. Die Verunglückten lagen unter den Trümmern begraben. Es dauerte 3 Stunden, bis die Hausbesitzerin Frau Peter aus ihrer Lage befreit werden konnte. Zuerst gelang es nur, einen einzelnen Arm der schwerverletzten Frau freizulegen. Um die Schmerzen zu lindern, wurden der Frau durch die Schmalung hindurch eine Morphin-Injektion gegeben. Erst gegen 13 Uhr konnten die Trümmer so weit befreit werden, daß Frau Peter geborgen und in das Krankenhaus gebracht werden konnte. Von der Familie des Generalmajors sind weitere Mitglieder nicht betroffen worden, da, wie schon gesagt, das Hauptgebäude unbeschädigt war. Mit Ausnahme Stammers und der Hausbesitzerin, die zusammen mit dem Dienstmädchen in der zertrümmerten Küche waren, befanden sich sämtliche Hausbewohner zur Zeit der Explosion in ihren Schlafzimmern.

Wie die Augenzeugen die Katastrophe schildern

Augenzeugen schildern, daß im Augenblick der Detonation eine dicke gelbe Rauchwolke das ganze Grundstück umhüllte, so daß nichts zu erkennen war. Man hörte nur ein furchtbares donnerähnliches Krachen. Personen, die in die Nachbarhäuser am Fenster standen, wurden zu Boden geschleudert.

Erst nach mehreren Minuten, — während man gleichzeitig gellende Hilferufe hörte — konnte man sehen, was geschehen war:

von der Autogarage, die einen Umfang von fast 10 Quadratmetern hatte, war kaum ein Stein auf dem anderen geblieben; die Küche war vom Anrichteraum, das zum Garten hin liegende Schlafzimmer vom Nebenzimmer wie mit einem Messer abgeschnitten. Wo sich früher die Mayer befand, hing jetzt — von der Explosion vergraben — eine halbe Zimmerwand in der Luft, von der ein merkwürdigerweise unbeschädigter Spiegel in den Garten starrte.

Der Garten selbst war nichts als ein gewaltiger Trümmerhaufen; eiserne Ballen lagen über Türen, Ziegelsteine, Resten von Möbelstücken. Auf den Bäumen, fünfzehn Meter hoch, Gegenstände, die in die Luft geslogen und beim Niedersausen von den Zweigen festgehalten waren; — Kissen und Bettwäsche und eine Hose, die — noch sorgfältig in den Bügel eingehängt — vom Kleiderbüschel aus auf den Baum geslogen war.

Haussuchungen im Liebnecht-Haus

Von H. Oberlein

Die Kommunistische Partei ist an Haussuchungen gewöhnt. Sie gehören sowogen zum ständigen Geschäftsbetrieb des Zentralomitees. Was sich aber in den letzten Monaten hier zugetragen, übersteigt alle Grenzen, die wir bisher gewohnt waren. Seit ein paar Monaten halten sich die Staatsanwälte fast in jedem Dorf in Deutschland für berechtigt und verpflichtet, Haussuchungen beim Zentralomitee anzufordern. Wenn irgendwo im Lande ein Flugblatt, ein Klebezettel oder eine Broschüre verteilt wird, dann kommt irgendwer hergelaufener Staatsanwalt und ordnet eine Haussuchung beim Zentralomitee an. Diese Haussuchungen werden auch dann angeordnet, wenn Literatur ganz legal mit Verleger und Herausgebername erschienen ist.

Trotz der Vertretet der deutschen Justiz, die zum größten Teil ihre faschistische Einstellung nicht verleugnen können, mit allen Mitteln den Kampf gegen die Kommunistische Partei führen, ist bekannt, Solange die deutsche Arbeiterschaft sich diese Justiz gesellt, wird das nicht anders werden.

Aber von besonderer Bedeutung dabei ist, daß der sozialdemokratische Innenminister Greifníß und sein getreuer Schildknappe Jorgiebel in Berlin sich mit einem Eifer und einer Unterwürfigkeit dieser Justiz zur Verfügung stellen, das sie sich wie stupide Rektoren verhalten, doch sie zu jeder Zeit tanzen, wenn der Staatsanwalt pfeift.

In den letzten Monaten sind ja jede Woche mehrmals ganze Rudel von Kriminalbeamten auf die Räume des Zentralomitees, auf das Liebnecht-Haus losgelassen worden. Alle Zimmer wurden durchsucht, alle Schränke durchwühlt, alle Alten durchsucht, um das Korps delitti zu finden. Natürlich in allen Fällen ohne jeden Erfolg. Nicht in einem einzigen Falle wurde etwas gefunden, daher einmal ein paar Broschüren, die in jedem Buchladen zu kaufen sind.

Am Mittwoch rückten wieder 16 Kriminalbeamte mit ihren Kommissaren an und suchten einen von irgendeinem Jugendgruppe herausgegebenen Propagandazettel an Hindenburgs Geburtstag. Als Jorgiebel den Namen Hindenburg vom Staatsanwalt gehört hat, ist er wahrscheinlich zahnlosgeklappt wie ein Taschenmesser. Die Kriminalbeamten befanden sich ganz besonders streng anweisungen und sie suchten stundenlang mit einem Eifer, der gewiß angedroht wäre, wenn es sich darum handeln würde, einen faschistischen Mörder oder einen kapitalistischen Schieber zu suchen. Sie suchten nach dem Jargon des Staatsanwalts „die Spuren der strafbaren Handlung“. Gefunden haben sie natürlich nichts.

Aber durch diese Haussuchungen werden sicher noch andere dunkle Zwecke verfolgt. Es genügt der Abteilung da nicht, die der Partei gehörenden Bauplante des Karl-Liebnecht-Hauses bei der Polizei zu kopieren und sie anzueignen — sie wollen wissen, wer in den Räumen des KK arbeitet und welche Arbeiten hier verrichtet werden. Denn sonst hätte die immer wiederkehrende Schwärmerei in unseren Bureaus keinen Sinn.

Im Anfang kamen zwei Beamte, jetzt sind es schon 15 geworden. Wenn werden die 180 Mann der Kriminalpolizei anrufen, die schon heute den Aufruf haben, im geeigneten Moment die Reichs- und Landtagsabordneten der Kommunistischen Partei zu schnappen??

Wir wissen, daß alles Protestieren gegen die Standale nichts nützt, doch nur der schärfste Protest der Arbeiterschaft in den Betrieben, Gewerkschaften und allen Arbeiterorganisationen dieses niederrangige Handwerk der Jorgiebel und Greifníß läßt sich legen kann. Wir sind dabei sogar gewiß, daß ein großer Teil der Kriminalbeamten, die nur mit Widerstreben dieses Handwerk auf Befehl ausüben, froh wären, solch dünner Aufgaben entledigt zu werden.

Zum Wiederaufnahmeverfahren Max Hoels'

Am 6. Januar fand eine Besprechung zwischen Max Hoel und seinem Rechtsanstand Dr. Apfel und Professor Feilz Halle, dem Genossen Arthur Hölle als Vertreter der KPD, sowie Vertretern des Roten Hilfe und Vertretern der vogtländischen Arbeiterchaft im Juchthaus Sonnenburg statt. Die Verteidiger legten den Entwurf eines Wiederaufnahmevertrags vor. Es wurde beschlossen, den Antrag nach Abschluß einiger ergänzenden Ermittlungen noch im Laufe des Januar beim Reichsgericht einzureichen. Die Ergänzungsermittlungen sind notwendig geworden auf Grund einer Wiedereröffnung der Voruntersuchung gegen Erich Arieke, von der die Verteidigung omittiertheits nicht bestreitigt worden war.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, stützt sich der Wiederaufnahmevertrag nicht nur auf das bekannte Beständnis des Erich Arieke und den Widerruf des jungen Walter Uebel, sondern die Verteidigung hat weitere neue Tatsachen ermittelt, die einen schweren Justizstratum in einem anderen, mit dem Fall Hoel im engsten Zusammenhang stehenden Verfahren betreffen und bei ihrem Bekanntwerden großes Aufsehen erregen werden.

Kampf gegen die Klassenjustiz

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung)

Am Sonntag fand im Bismarck-Theater in Berlin eine überfüllte Protestveranstaltung gegen die Klassenjustiz statt, die einen weiteren Tendenzenprozeß gegen den proletarischen Dichter Johannes R. Becher vorbereitet. Georg Ledebour zeigte, immer wieder von stürmischen Beifall unterbrochen, an Hand der Anklagezeitung die Neutralität und Willkür der deutschen Klassenrichter auf, die hier einen proletarischen Künstler und in ihm die gesamte revolutionäre Kunst willkürlich niederranglichen und zugrunde richten wollten. Nach ihm sprachen Schriftsteller Höllerich und Rechtsanwalt Apfel, sowie Ernst Toller, Wolfstein, Außerdem lagen eine Reihe Zuschriften von namhaften Schriftstellern der Kunst und vom Bureau des internationalen Theaterbundes und von 500 Studenten der Moskauer technischen Hochschule vor. Von allen Debattierrednern wurde ausgesprochen, daß die revolutionären Dichter nur ein einziges Vaterland haben, die Sowjetunion. Im Schlusswort erklärte Ledebour: „Reden allein nicht garnichts. Die schönsten und schärfsten Reden ändern nichts am Klassenstaat. Auch das Reichsgericht wird und kann kein Recht sprechen. Das Recht im Sinne der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung wird erst dann gesprochen, wenn alle Richter und mit ihnen der gesamte Kapitalismus hinweggelegt werden. Das müssen auch die „Geistigen“ einsehen und zusammen mit dem Proletariat den Kampf führen. Nach kürzlichem Niederschlag gegen die Klassenjustiz und gegen Noske und Hochreisen auf die Sowjetunion schlägt die Kundgebung mit dem Gesang der Internationale.“

Neue Verhandlungsmöglichkeiten

Bochum, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Die Betriebsräte der Werke vom Bochumer Stahlverein wurden am Sonnabend nach Düsseldorf zu Verhandlungen geladen. An diesen nahm als Vertreter der Stahlindustriellen der Syndikus der Unternehmerorganisation teil, außerdem war ein Vertreter des Reichsarbeitsministers anwesend. Die von den Unternehmen an den Deutschen Metallarbeiterverband gerichtete Aussiedlung vor Beginn der Verhandlungen die Kampfmöglichkeiten zurückzuziehen, wurde abgelehnt. Trotzdem wurden dann die Verhandlungen fortgesetzt. Als Ergebnis wurde den einzelnen Werkleitungen überlassen, selbständige Verhandlungen mit den Betriebsräten zu führen. Am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche sollen im Reichsarbeitsministerium neue Vergleichsverhandlungen über die Durchführung des Schiedsgerichts stattfinden.

Bochum, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Im Bochumer Verein haben die Warmbetriebe beendet, am Montag nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen. Eine heute abend stattfindende Vertreterversammlung des DMB wird endgültig weitere Beschlüsse fassen.

Essen, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Die bei Krupp zwischen dem Betriebsrat und der Direktion am Freitag zustande gekommene Vereinbarung, am Montag die im Schiedsgericht festgelegten Arbeitszeitverlängerungen durchzuführen, sind von der Krupp-Direktion nicht gehalten worden. In einem Anschlag werden die Versprechen annulliert. Es ist damit zu rechnen, daß, falls keine Vereinbarungen zustande kommen, der Kampf aufgenommen wird.

Bochum, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht)

Während der Gesamtbetriebsrat der Thyssen-Werke über die Durchführung des Schiedsgerichts beriet, erschien die Arbeiter am Freitag und Samstag und forderten Durchführung des Arbeitzeitverlängerung, anderfalls der Kampf aufgenommen werde. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende lehnte dieses Ultimatum an die Direktion ab. In den Brenn- und Eisenbetrieben traten die Belegschaften zusammen und forderten

sofortige Lohnauflösung. Der Betriebsrat soll mit der Direktion verhandeln. Auch im Walzwerk und unter den Arbeitern an den hochöfenen herrscht starke Erregung, und selbst die sozialdemokratischen Arbeiter verurteilen die Verzögerungsfähigkeit der Reformisten.

Alle Meldungen aus dem Ruhrgebiet lassen eine wachsende Kampfesstimmung der Arbeiter erkennen. Schließlich und Reformisten wieder bereit, durch massiven Schichtungsschwund den Kampf der Arbeiter zu unterbinden.

Zu den Rauchhammertrieben stehen die Arbeiter noch im Kampfe. Die Stimmung der Streikenden ist, wie uns heute morgen mitgeteilt wird, außerordentlich gut. Am Freitag trifft sich die Behörderbau-Belegschaft in Neukirchen, dem Kampf angehören. Die Belegschaft der Stumpfweiche ist bereit vorher die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung gewinnt also mehr und mehr an Ausdehnung. In den Rauchhammertrieben ist eine Kommission aus Berlin eingetroffen, die prüfen soll, ob die Arbeiter des Werkes unter der Schiedsgerichtsentscheidung der nordwestlichen Gruppe fallen. Der Reichsarbeitssminister wird dann auf Grund dieser Prüfung die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts aussprechen.

In der Sächsischen Gusstahlfabrik in Freital-Döhlen wird von dem sozialdemokratischen Betriebsrat im Einvernehmen mit den DMB-Bürokraten herausgegebene Parole: „Gewalt bei Fuß“ noch immer befolgt. Die Direktion hat sich bis zum 15. Januar Dispens erteilen lassen. Bis zu diesem Tag will der Betriebsrat kleinere Kampfmöglichkeiten unternehmen. Am nächsten Sonntag dürfte aller Voraussicht nach eine große Belegschaftsversammlung stattfinden. Für die Einsetzung des SPD-Betriebsrats ist bestimmt, daß der Vorsitzende Wahlgang im Tatort der Arbeitseinstellung in Riesa-Großdölk vor der Belegschaft noch verneigt, als die Arbeiterrinne die Meldung des Streiks im Rauchhammertrieb brachte. Tatsächlich aber steht der Betriebsrat mit dem Werke in Rauchhammer in einer Verbindung. Ansatz die Arbeiter des Werkes für den notwendigen Kampf und eine Solidaritätsaktion zugunsten der sich im Kampf befindlichen Hüttenarbeiter zu mobilisieren, bestätigen Wahlgang und seine Freunde im Betriebsrat, und besonders Wahlgang, in Kommunistenheize. Unter der Arbeiterschaft, besonders in Stahlwerk, wächst der Wille zum Kampfe.

Erinnerungen eines Mordbanditen

Hier greift sein Staatsanwalt ein

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung)

Der Kapitän Mansfeld von Killinger, Führer der faschistischen Nememordorganisation Tonhal, hat auch ein Buch veröffentlicht mit dem Titel: „Crimes und Heiteres aus dem Faschismus“, in dem er u. a. nachdrückliche Schilderung veröffentlicht:

„Völlig höre ich einen Mordstrich vor der Schule. Ein großer, harter Keil schlägt in den größten Tönen auf einen Unteroffizier von mir los. Der bleibt die Kuh selbst. Da schlängelt sich eine Frau an mich heran: „Mulhausen! Ein Bolshevik! Man will die Bevölkerung gegen die Truppen ausspielen.“

Ich wünsche einem: „Nehmen Sie eine Handgranate fertig. Ich werde den Keil das Maul verbieten. Hört er nicht augenblicklich auf, dann hinein in die Klemme.“

Ich holte den Keil beim Knopfloch und sage: „Gehen Sie augenblicklich ihrer Wege! Nach einem Ton und ich verpfeife Ihnen, daß Sie in den nächsten 14 Tagen keinen Ton mehr sprechen.“

„Hoho, das wollen wir mal sehen, was was zu reden hat“, brüllte er.

„Kraa! Saust ihm die Handgranate an die linke Klemmseite. Wie vom Blitz getroffen, bricht er zusammen. Er erhebt sich, stolpert, fällt wieder hin. Blut läuft aus Mund und Nase. Er erhebt sich wieder, will etwas sagen, aber es geht nicht mehr....“

Das Buch ist seit Tagen der Öffentlichkeit bekannt. Die Klassenjustiz und ihre Jäger-Polizei, die fast täglich die Kriminalpolizei überfallen und durchsuchen lassen, hat natürlich keinen Finger drum gemacht, um diesen faschistischen Mordbanditen, der brutal eine Wehelei noch vor die Öffentlichkeit bringt, zu verhindern. Falls es sich hier um eine regelrecht abgeogene Handgranate handelt, würde ein vorbedachter und planmäßiger Arbeitserwerb vorliegen. Wie wir hören, hat die Liga für Menschenrechte bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Mordes beantragt. Die Arbeiter haben zu dieser Klassenjustiz nicht für einen Pfennig Vertrauen.

Einigung zur Schulverfassung

Berlin, 9. Jan. (Eig. Drahtbericht)

Wie die Montagsausgabe des Roten Anzeigers meldet, beginnt morgen die Tagung des kleinen Internationalen Ausschusses der Bürgerblödparteien mit der Weiterberatung des Schulgesetzes. An der Tagung nehmen die Parteiführer sowie die Sachreferenten teil. Der große Ausschuß der Bürgerblödparteien trifft dann Mittwoch zusammen. Das kapitalistische Montagblatt erklärt, daß sowohl die Deutschnationalen als auch das Zentrum und die Deutsche Volkspartei kein Interesse daran haben, die Koalition am Reichsverfassungserbrechen zu lassen oder etwa die Reichstagsauflösung auf die Tagesordnung zu stellen. Es sollen die Innenausschüsse neue Formulierungen vorgelegt werden, die einen Ausgleich der verschiedenen Auffassungen in der Schulfrage ermöglichen werden.

Verschiebung der Sowjetwahlen zum Herbst

Moskau, 8. Januar 1928.

Der Beschuß des Präsidiums des Zentralsekretariats der Sowjetunion werden die Sowjetwahlen, die im ersten Viertel 1928 hätten stattfinden sollen, auf Herbst 1928 verschoben. Der Beschuß ist darauf juristisch zu führen, daß in der ursprünglich vorgesehenen Wahlperiode wichtige Ereignisse, wie Neuwahlen in den Genossenschaften, die allgemeine Revision der Kollektivverträge, das Sammeln der Betriebsvorstände usw., stattfinden werden, die die Ausmetamorphose der Stadt- und Dorfbewohner voll in Anspruch nehmen. Das Präsidium des Zentralsekretariats republikanischen Sowjeten auf Basis einer Anzahl von Sowjeten stimmt ein. Die Wahlen werden im Herbst gleichzeitig in der ganzen Sowjetunion stattfinden.

Aus den Klallen der weißen Banditen befreit: Ankunft der polnischen politischen Ausgewichengangenen in Moskau

Moskau, den 8. Januar 1928.

Die ausgetragenen polnischen und weißrussischen politischen Gefangenen trafen heute in Moskau ein. Sie wurden im Rahmen der Vertreter der RKP, der KPSU, von zahlreichen polnischen Emigranten und von Moskauer Arbeitern empfangen. Begrüßungsreden hielt ein Vertreter der RKP, ein Vertreter der polnischen Emigranten, jener Felix Rohr u. a. Im Rahmen der Ausgewichengangenen dankte für den warmen Empfang Genosse Schucht, Vor dem Bahnhof fand eine improvisierte Versammlung statt, wobei die Ausgewichengangenen von Vertretern verschiedener Organisationen neuwillig begrüßt wurden. Der ausgetragene Genosse Korchak übermittelte der Versammlung die Grüße der 6000 polnischen politischen Gefangenen.

Der Banditenangriff auf die Kantonsherrschaft

Der russische Generaltonjus, Genosse Pochwalski, über den chinesischen Überfall.

Moskau, den 8. Januar 1928.

Der Generaltonjus der Sowjetunion in Kanton, Genosse Pochwalski, ließ nach seiner Ankunft in Shanghai, wo das Verfahren des Schiffes verboten wurde, der Presse eine Erklärung übergeben, wonach er die englischen Lügenmeldungen, die ihm die Neuerung zugeschrieben, die Mitarbeiter des Sonderkomitees jenes jenseits auf Grund einer Anlage der Kantonbehörden wegen Teilnahme an den revolutionären Kämpfen hingerichtet wurden, dementiert. Pochwalski stellt fest, daß niemals gegen die Kantonbehörden eine Anklage erhoben wurde, sie wurden einfach vom Kantonialgebäude fortgeschleppt und ermordet. Erst nach dieser Bluttat verbreiteten die interessierten Kreise das Märchen, die Kantonbehörden hätten am Aufstand teilgenommen. Es ist eine Tatsache, daß das Kommando einer Menge von Soldaten überwunden wurde, die alle Anwohenden in Kanton nur fünf Sowjetbürger, die alle ermordet wurden.

Verschiebung der 3.-Außenministerwahl

Shanghai, 6. Januar 1928.

Die nach Nanjing einberufene Tagung des JK und der KKP verzögerte die Auflösung verschoben. Bis jetzt sind in Nanjing 14 Mitglieder des JK eingetroffen.

Bombenattentat.

Prado de Cordeiro wurden, als man Feuerwerk abbrannte, von einem unbekannten Bomben-ka gegen die Zuschauermenge geschleudert. Bei der Explosion sind gegen 12 Personen verletzt worden; mehrere sind ihren Verletzungen erlegen.

Genosse Hoffis

Genosse A. I. Hoffis, der in Kanton, wo er Vize-Präsident der russischen Sowjetvertretung war, zusammen mit anderen Genossen von den chinesischen Konterrevolutionären bestialisch ermordet worden, hat nur das Alter von 24 Jahren erreicht.

Er war im Jahre 1916, noch zur Zeit des zaristischen Regimes, in die bolschewistische Partei eingetreten. Nach der Oktober-Revolution trat er der Roten Armee bei und war in ihr einige Jahre hindurch als Kommandant und politischer Kommissar des Stabes tätig.

Nach der Beendigung des Bürgerkrieges studierte er orientalische Sprachen und wurde im Oktober 1921 durch die Partei dem Außenministerium zugestellt. Im Februar 1925 wurde er Sekretär des Generaltonjus in Shanghai. Später hatte er eine ähnliche Stellung in Hankou.

Er erlebte die Entwicklung der chinesischen Revolution. Er empfand mit den chinesischen Arbeitern und Bauern, wann er sich auch infolge seiner offiziellen Stellung nur in der Rolle eines Zuschauers befand. Ein Freund schreibt, daß er erstaunlich war, zu hören, mit welcher Ehrerbietung und welcher Qual darüber über die Errichtung der Arbeiter während des Shanghai-Streiks des Jahres 1925 erzählte.

Im Dezember 1926 wurde Genosse Hoffis nach einem Kantonsempfang Prado in Kanton hier wieder am 11. Januar 1927 nach der Niederschlagung des Kantonsempfangs aus den Händen der englischen Imperialisten, den weißen Militärs, ermordet. Er und viele andere Sowjetbeamte wurden durch die Straßen geschleppt, gefoltert und schließlich auf dem öffentlichen Platz in Kanton erschossen.

Genosse Hoffis und die anderen, die mit ihm gefallen sind, haben ihr Leben für die chinesische Revolution, für die Befreiung der Welt dargestellt.

Außenpolitische Rundschau

Amerika und Frankreich — Mittelamerikanische Konflikte — Italien und Ungarn

Als vor einigen Wochen die Regierung der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Aufstellung der internationalen Schiedsgerichtsfrage sowohl Frankreich als Deutschland gegenüber einige freundliche Geschenke machte, suchte Brasilien die vermutete Wendung der amerikanischen Politik auszunutzen, um sich für Frankreichs europäische Konflikte die nötige Ablenkung zu verschaffen. Die französische Regierung schlug der amerikanischen den Abschluss eines Schiedsvertrages vor, der bis zu einem bedeckungsfreien Vertrag beider Staaten auf die Anwendung kriegerischer Mittel in Konflikten zwischen ihnen gehen sollte. Da ein Angriff Frankreichs auf Amerika schon den rein äußeren Platzverhältnissen nach ein Ding der Unmöglichkeit ist, hätte ein solcher Vertrag nur den einen politischen Sinn gehabt, daß die Vereinigten Staaten auf Eingreifen in irgendwelche europäischen Konflikte aus leiten der eventuellen Gegner Frankreichs verzichten. Also Frankreich bei allen möglichen europäischen Konflikten zumindest ihre Neutralität garantieren. Nun liegt die Antwortnote Kelloggs, des amerikanischen Außenministers, vor: In tausend höflichen Ausdrücken wird bestont, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Amerika so gut seien, daß auch ohne Vertragsabschluß ein Krieg unbedenklich — und dann wird vorgeschlagen, statt des bloßen amerikanisch-französischen Friedensvertrages doch lieber „die Bemühungen der beiden Mächte zu vereinigen, den Beitritt aller Großmächte der Welt zu einer Erklärung zu erwirken, in der dem Kriege als einem Instrument der nationalen Politik entzagt wird.“

Ist das nicht Pazifismus vom reinsten Wasser? Der amerikanischen Regierung genügt der ewige Frieden bloß mit Frankreich nicht — der Friede muß von allen Mächten garantiert werden! Nur habe, daß ein offizieller Beitrag von Washington-Poli zu Kelloggs Note die nötigen Kommentare gibt: Ein Vertrag, der Frankreich und Amerika zum Frieden verpflichtet, werde unwirksam sein, „falls eines der beiden Länder mit anderen Mächten in einen Krieg verwickelt würde.“ Frankreich hat verschiedene Verbündete und ist unter bestimmten Umständen verpflichtet, in den Krieg zu ziehen. „Und dann könnte einer der beiden kriegsführenden Mächte, auch Frankreich, in die Zwangslage kommen, den Handelsverkehr seiner Gegner zu unterbinden, natürlich auch den Verkehr dieser Gegner mit den Verbündeten Staaten.“ Der Zusammenschluß zwischen den Rechten der Kriegsführenden und denen der Neutralen (nämlich Amerikas) würde dann aller Wahrscheinlichkeit nach einen Krieg (nämlich eine Einmischung Amerikas in den europäischen Krieg) herbeiführen.“ Und dann bekommen die pazifistischen Thronen der Völkerbundesräte einen bösen Stoß; klar und eindeutig verhinderte das amerikanische Regierungsblatt, daß Amerika nicht mit einer Macht allein sich zum Frieden verpflichten könne, da der Völkerbundspakt ja die europäischen Mächte zu Kriegen verpflichtet, in denen die Vereinigten Staaten, wie oben angeführt, auf die Dauer nicht neutral bleiben könnten. Auf Kriege in Europa könne Amerika nur dann verzichten, wenn alle Großmächte dazu bereit sind. Und jenseits heißt es dann weiter:

„Es besteht keine Gefahr, daß die Großmächte dieser Herausforderung (zum Bezug auf den Krieg) Folge leisten werden. In ihrem Völkerbund haben sie den Krieg schon als äußerstes Mittel ihrer nationalen und internationalen Politik vorgesehen. Das ist einer der fatalen Mißgriffe jenseits idealistischen und unpraktischen Planes zur Uebewaffnung des Kriegs. Die Großmächte können Kelloggs Plan nicht nähertragen, ohne den Völkerbund abzuschaffen.“

Die amerikanischen Imperialisten wissen genau, daß Kriege unvermeidlich sind — sie machen gar kein Hehl daraus, ihre Antwort an Brand als das hinzulegen, was sie ist: Als ein demagogisches Mandat, vor dem man ganz genau weiß, daß es einfach auf eine Ablehnung jedes Friedensvertrages hinausläuft. Denn der amerikanische Imperialismus denkt gar nicht daran, auf die Rolle des Schiedsrichters in Europa zu verzichten. Er wird gegebenenfalls reichlich prüfen, wer von den beiden kriegsführenden Parteien „die Rechte der Neutralen verletzt“ hat und zu welchen Gunsten man eingreifen müßt. Dem Völkerbund sind sie übel geneigt: einschließlich, weil er möglicherweise (und das war auch die Absicht bei seiner Gründung) das Übergewicht einer Reichsgruppe in Europa fördern und damit den amerikanischen Interessen, mehrere möglichst gleich starke Gegner gegeneinander ausspielen zu können, Abbruch tun könnte — und dann, weil immerhin die entfernte Möglichkeit besteht, daß die Koalition der europäischen Imperialisten zu einem Widerstandszentrum gegen Amerika wird, wenn es seine Ansprüche zu hoch herauslädt. Frankreich wollte aber eben das, was Amerika nicht will und nicht zulassen kann: einen kontinental-europäischen Block unter seiner eigenen Führung — und der Friedenspakt mit Amerika sollte die französische Vorherrschaft in Europa — die zunächst allerdings mehr Hoffnung als Wirklichkeit ist — gegen äußeres Angriffsfeuer schützen. Natürlich war England nicht so naiv, nicht vorauszusehen, daß dieser Pakt für Amerika unannehmbar sein müßte; aber man verließ den ganzen Zwischenfall eben nur aus dem Zusammenhang, in dem die Frage aufgerollt wurde. In einem Augenblick, wo Amerika die Frage der Reparations- und Kriegsschuldregelung aufwirft, will Frankreich für seine Zustimmung zu einer Herabsetzung der deutschen Reparationschulden politische Zugeständnisse, amerikanische Garantien für seine europäische Machtaufstellung, erlaufen. Der Fehler der französischen Rechnung bestand nur darin, daß sie verkannte, daß Amerika auch die Frage des internationalen Schulden weniger aus finanziellen Gründen aufgeworfen hat, als vielmehr zu dem Zwecke, seine Macht über Europa zu befestigen, und daß es eben darum für die finanzielle Machtposition keinen Preis bezahlt wird, der das Ziel der ganzen Aktion entwertet und einer europäischen Macht die nötige Kraft geben würde, nötigenfalls auch gegenüber Amerika selbständig auftreten zu können.“

Während der amerikanische Imperialismus den bösen europäischen Kriegstreibern Verträge über Pazifismus hält, beweist er in seinem nächsten Nachbarschaft, in Nicaragua, seine anhaltende Friedensliebe. Denn was dort Amerika treibt, ist bei Gott kein Krieg — es sind nur „polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Wahlfreiheit“. Die Sache ist ganz einfach: Die Vereinigten Staaten halten sich zwar wohl, ihr „Recht zur Intervention“ in Europa preiszugeben — aber gleichzeitig verstecken die Monarchie, deren Erneuerung ähnlich des gewöhnlichen Schiedsvertrages von Frankreich wie von allen anderen Mächten gefordert wird, allen nichtamerikanischen Mächten die Einmischung in Angelegenheiten amerikanischer Staaten. Dies ist nun natürlich nicht so zu verstehen, daß etwa die Völker des amerikanischen Kontinents — zum Unterschied von anderen — ein bejohrender verbrieftes Selbstbestimmungsrecht besäßen. Vielmehr ist es ein Betrug für jene Macht, die kräftigster Füllung allein berechtigt ist, sich in Angelegenheiten amerikanischer Staaten einzumischen: nämlich für den amerikanischen Imperialismus. Es ist also gewissermaßen oberste Polizeibehörde für Nord- und Südamerika: Widerstand gegen seine Anordnungen ist nicht Krieg, sondern Rebellion gegen den von Gott gesetzten Herrscher; wer ihm Widerstand leistet, ist überhaupt kein kriegsführender Staat, sondern einfach ein Bandit und wird als solcher behandelt.

Nach diesen Grundlinien hat der amerikanische Imperialismus vor einiger Zeit in Nicaragua „Ordnung“ geschaffen und eine Regierung eingesetzt, die seinen Bedürfnissen entsprach, und die nun daran gehen soll, durch „freie Wahlen“ auch den Segen

der Demokratie (der Segen Gottes und Morgans genügt für sich allein nicht) über die von Washington eingesetzte Regierung heraufzubeschwören. Unglückseligerweise traten in diesem Augenblick, wie die offizielle amerikanische Presse es ausdrückt, „Mäuerbänder“ auf: d. h. es entwickelte sich unter Führung des Generals Sandino eine Aufstandsbewegung, die den amerikanischen Truppen sogar empfindliche Schläge zufügte. Nun muß die „Wahlfreiheit“ gesichert werden, d. h. es müssen die der amerikanischen Herrschaft Widerstrebenden ausgerottet werden, worauf sie höchst freit abstimmen dürfen: Flugzeuge werfen ihre Bomben auf nikaraguansche Städte, neue Truppenverstärkungen werden aufgebaut — früher oder später wird es der amerikanischen Übermacht natürlich gelingen, ihre „Ordnung“ zu schaffen. Es ist charakteristisch, daß nach den amerikanischen Schlägen die ganze amerikanische Presse einschließlich jener, die früher gegen das nikaraguansche Abenteuer waren, für die Entsendung der Truppenverstärkungen eintritt — die „nationale Ehre“ ist eben bedroht. Nun sammelt sich in Nikaragua ein amerikanisches Heer von 25 000 Mann, stark genug, mehrere südamerikanische Kleinstaaten das Lebenslicht auszublasen. Wer wird, wenn erst der Aufstand niedergeworfen ist, als nächster an der Reihe sein?

Der Charakter des europäischen „Friedens“ wurde wieder einmal durch die Aufdeckung der italienischen Waffenlieferungen an Ungarn beleuchtet. Die französischen Befreiungskrieger der ungarischen Nachbarschaft erheben nun stürmischen Protest — umso mehr, als es klar ist, daß sich die ungarischen Rüstungen gegen sie richten — und Frankreich nimmt diesen Protest natürlich auf. Die Sympathien des internationalen Faschismus sind in diesen Fragen durchaus mit Ungarn und Italien: man muß nur lesen, wie unsere deutschnationale Presse über den Fall schreibt. Und im österreichischen Parlament hat Herr Seppel anlässlich einer Erklärung des ungarischen Außenministers, der die Wiederherstellung der alten ungarischen Grenzen forderte, ganz „freudig“ erklärt, so sei es sicher nicht gemeint gewesen; kein Mensch denkt in Ungarn daran, Westungarn zurückzuerobern — die ungarischen Faschisten seien die reinen Friedensengel. Und unmittelbar dahinter kam die Geschichte mit dem Waffentransport! Natürlich wird Italien die „illegalen“ Bewaffnung seines ungarischen Bundesgenossen munter fortsetzen, um so die Umklammerung Jugoslawiens, die von Süden her durch die Einziehung Griechenlands in das italienische Bündnisystem verstärkt wurde, weiter ausbauen zu können. Frankreich ist in der denkbaren ungünstigsten Situation — zumal Rumänien infolge seiner auf den Höhepunkt gestiegenen inneren Krise aus allen seinen Berechnungen ausfielen muß. Und so werden die von England angeregten Verhandlungen über Beilegung der Konflikte zwischen Italien einerseits, Frankreich und Jugoslawien andererseits, sicher sein für Frankreich angenehmes Resultat ergeben.

Dem elektrischen Stuhl entrinnen!

Greco und Carillo freigesprochen

Vor einigen Tagen brachten wir einen längeren Ausschluß über die beabsichtigte Wiederholung eines Sacco- und Vanzetti-Skandals in Amerika. Auf Betreiben Musolinis und seiner Verbündeten in Amerika war ein Prozeß wegen Mordes gegen die beiden italienischen Arbeiter Greco und Carillo eingeleitet worden. Der italienische Graf de Nava betrieb die Verurteilung zum Tode. Der Staatsanwalt hatte erklärt, er hoffe, die beiden bis Weihnachten auf den elektrischen Stuhl zu bringen.

Am 23. Dezember hat der Prozeß stattgefunden. Das Schwurgericht zu Brong hat nach achtständiger Beratung die beiden italienischen Arbeiter

Greco und Carillo freigesprochen.

Lange vor der Verkündung des Urteils hatte sich vor dem Gerichtsgebäude eine große Menschenmenge angesammelt. Das Gerichtsgebäude wurde mit starken Polizeikräften besetzt. Die Nachricht vom Freispruch wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Dieser Freispruch ist ein voller Erfolg der großen Bewegung, die durch das Verteidigungskomitee für Greco und Carillo entzündet wurde. In dem Dienst dieses Komitees stellten sich der Verteidigungskomitee für Sacco und Vanzetti. Der Druck der internationalen Arbeiterschaft, der bei der Ermordung von Sacco und Vanzetti für schon gewaltig auswirkte, hat die Begehung eines neuen Justizverbrechens gleich an Sacco und Vanzetti in Massachusetts, im Staate New York verhindert.

Dieser Erfolg muß ein Anreiz für einen weiteren scharfen Kampf gegen die Klassenjustiz, auch in der Hindenburg-Republik, sein.

In allen amerikanischen Städten haben die Arbeiter gewaltige Kundgebungen zur Freilassung, zur Errichtung der beiden Revolutionären veranstaltet. Der Kampf der Arbeiter ist durch diesen Freispruch keineswegs erledigt. Jetzt muß der Kampf gegen die faschistischen Spione und Mordorganisationen Musolinis aufgenommen werden. Dieser Kampf hat eingelebt. Er wird zur Sammlung der klassenbewußten Arbeiter Amerikas beitragen. Er wird geführt werden bis zur Vernichtung der Mordbanden und zum Kampf gegen die Bourgeoisie überhaupt.

Fortgesetzte Manöver

Der „Zentrum“ innerhalb der Bürgerkampfparteien und ihrer Presse um „die Voraussetzungen für vorzeitige Auflösung des Reichstages und den Wahltermin“ wird fortgelebt, ohne darüber hinwegzublicken zu können, daß zwischen den Bürgerkampfparteien keine Abmachungen hinsichtlich des Wahltermins bestehen. Das Zentrummeß, insbesondere zwischen Volkspartei und Zentrum ist nicht mehr als eine Kuhhandel, damit der Umfall der Volkspartei vor dem Zentrum in der Frage ihres Jurisdiktionsbereichs vor dem Zentrumsmünzen bezüglich des Reichschwiegeseches die Wähler der Volkspartei nicht gar zu stark vor den Kopf läuft. In

Die englische Sicherungsposition auf dem Wege nach Indien bedroht



Zufolge neueren Nachrichten beginnen die USA große Kapitäle an der Ostküste des Roten Meeres zu investieren und Abkommen mit dem „König“ von Hedjaz zu schließen. Eine zunächst erträgliche Durchdringung dieser Küste mit amerikanischem Kapital bedeutet eine Schädigung der britischen Positionen insofern, als bald darauf bestimmt militärische Operationen folgen werden, um das amerikanische Kapital zu „stügeln“.

diesem Sinne ist auch die Meldung der amischen Volkspartei, „national-liberalen Korrespondenz“, zu werten, die zur Mitteilung der Volks-Zeitung, daß die Volkspartei bereit sei, ihren Widerstand in der Schlafzuge aufzugeben, schreibt: „Doch es fällt hier um eine blaue Erfindung handelt, braucht wohl nicht näher dargelegt zu werden.“ (?) Auch die Germania hat diese Phantasien zurückgewiesen und dabei erklärt, daß das Zentrum natürlich nicht auf die Existenz seines Schulprogramms, das ebenso freiwillig verläßt wird. Das ist ein offenes Bekennen, das ebenso freiwillige Erwerbung verdient. Auch die Deutsche Volkspartei kann nicht die ewig Gebende sein und muß auf ihren Grundforderungen bestehen bleiben. Ob es zu einer Zurückziehung des Schulgelehrten kommt, steht dahin. Vorläufig wollen wir noch hoffen, daß die Schwierigkeiten zu überwinden sind. Die Deutsche Volkspartei wird zu jeder sachlichen Weiterarbeit bereit sein und dafür ihre ganze Kraft einsetzen.

Der Vorwärts sieht auf Grund der vorstehenden Meldung schon wieder „Neuwahlgeister“.

Die Arbeiterschaft darf sich durch die Manöver nicht bestimmen lassen, sondern muß unter allen Umständen den Kampf mit aller Entschiedenheit selbst aufnehmen. Nur der gesteigerte Druck der Arbeiterschaft kann die Auflösung des Bürgerkampf-Reichstages herbeiführen.

Sturmflut in London

20 Todesopfer

London, 7. Januar. In London lebte in der vergangenen Nacht eine Sturmflut ein, die lebhaft an die grausigen Vorfälle im Österreich vor 10 Jahren erinnert. In der Nähe des Parlaments wurde die Ufermauer in einer Breite von 40 Meter durchgedrückt. Die Fluten stürzten wild in die benachbarten Straßen, lebten in wenigen Minuten alle umliegenden Gebäude unter Wasser. In den in der unmittelbaren Nähe des Parlaments liegenden Wohnungen sind 15 Personen ertrunken. Die Flut lebte nachts um 11 Uhr ein. Die meisten Leute sind in den Betten von der Flut überrollt worden. Innerhalb weniger Minuten stiegen die Fluten bis zur Decke. Die in den Kellerwohnungen lebenden Familien wurden bei dem geringsten Jägern von jeder Rettung abgeschnitten, da die hochgewandten Fluten die Öffnung der Türen verhinderten. Eine Familie hat vier Töchter im Alter von 18, 15, 7 und 3 Jahren verloren. Der Vater versuchte verzweifelt Hilfe zu bringen. Eine Anzahl Personen wurden durch Schilder, die ihnen von Bewohnern der oberen Stockwerke zugeworfen wurden, gerettet. Die Retteten gaben ergreifende Schilderungen von dem Todesampf der Ertrunkenen.

Ein großer Teil der Bewohner der unteren Geschosse wurde von den Fluten überrascht, als die Kellerbewohner schon mit dem Tode kämpften.

Das Wasser stieg teilweise drei Meter hoch.

Die Zahl der Todesopfer wird bis jetzt mit 20 angegeben. Die Hafenbehörden haben eine Warnung erlassen, daß eine Wiederkehr der Flut möglich sei.

Überall in London wird die Schuhfrage an der Katastrophe erörtert. Die Behörden haben die notwendigen Vorkehrungen regelhaft aufgelegt. Eine Ausbaggerung der Themse, die schon vor einigen Jahren stattfinden sollte, war abgelehnt worden. Die Ufermauern waren in schlechtem Zustand. Der gesamte Schaden läßt sich noch nicht übersehen.

Es ist wie in allen kapitalistischen Ländern, für die Sicherheit und das Leben der Bevölkerung ist kein Geld vorhanden. Auch für das Österreich lehnte man die Errichtung von Talsperren ab. Erst wenn die Katastrophen eingetreten sind, beschäftigt man sich mit dem Unglücks.

Uberschwemmungen in London

In London wurden alle Straßen des Gebiets, das von der Uberschwemmung bedroht war, mit starken Lehm- und Erdwällen versehen. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich auf neue Uberschwemmungen gefaßt zu machen. Ein günstiger Westwind hat jedoch das Eintreten weiterer Fluten nach London verhindert.

Sturmshäden in der Tschechoslowakei

In Prag wurden durch schweren Sturm viele Häuser beschädigt. Im Schwarzenberger Park wurden viele alte Bäume durch den Sturm umgebrochen.

Orkan in Magdeburg

Die Preßstelle der Reichsbahn feilt aus Magdeburg mit, dort sind am 7. Januar, kurz nach Mitternacht, auf Bahnhof Dingelstädt elf offene leere Wagen und ein beladener Güterwagen, die ordnungsgemäß verlegt waren, durch den orkanartigen Sturm in Bewegung geraten, gelangten hinunter. Hier entgleisten zehn Wagen, die alle schwere beschädigt wurden. Das durchgehende Halverstadt mußte etwa sieben Stunden geparkt werden. Der Betrieb wurde eingestellt aufzurüstenhalten. Personen kamen nicht zu Schaden.

Wer hat Angst vor der roten Schleife?

Am Donnerstag dem 29. Dezember wurde in der Stadtverordnetenversammlung bei der Diskussion über den kommunistischen Antrag, den städtischen Arbeitern von dem 30-Mark-Vorloch 15 Mark bei der Rückzahlung zu streichen, von dem sozialdemokratischen Redner Spottke die Behauptung aufgestellt, daß der frühere Vorstand des Gesamtbetriebsrats, unser Genosse Gruner, 1922 nicht verhindert habe, daß ein Kranz mit schwarzer Schleife niedergelegt wurde und damit einem Wunsche des Oberbürgermeisters nachgekommen sei. Der in der Sitzung anwesende Genosse Gruner wollte diese falsche und aufhörende Lügen aufgebauten Behauptung sofort richtigstellen. Dazu wurde ihm aber von dem sozialdemokratischen Vorsteher Döllisch nicht das Wort gegeben. In der Volkszeitung vom 4. Januar 1923 wurde erneut in einem Artikel „Die Angst vor der roten Schleife“ falsch und lügenhaft diese Angelegenheit behandelt.

Vom Genossen Gruner wird uns nun hierzu geschrieben:

Am April 1922 wurde vom Rat dem Gesamtbetriebsrat mitgeteilt, daß die Absicht bestehe, am 30. April eine Gedenkfeier für die im Weltkrieg gefallenen Beamten, Angestellten und Arbeiter im Rathaus einzutragen. Der Gesamtbetriebsrat wurde zu dieser Feierlichkeit eingeladen. Die Mitteilung des Rates wurde von Vorständen in der Gesamtbetriebsratsversammlung vom 10.4.1922 vorgetragen. Der Gesamtbetriebsrat beschloß darauf, nicht volljährig daran teilzunehmen, sondern sich neben dem Vorständen durch einen Ausstieg, bestehend aus den Kollegen Bellmann (SPD), Rauthe (SPD), Raumann (SPD), Mord (SPD), Knobloch (SPD) und Höß (parteilos) vertreten zu lassen. Des weiteren wurde beschlossen, einen Kranz und auf Vorstellung des Vorständen eine rote Schleife mit Aufschrift niederzulegen. Die Verabschiedung wurde von zwei Kollegen übernommen. Der Kranz wurde auf Kosten des Betriebsratssatzes, die Schleife auf Kosten der Mitglieder befreit. Am Freitag dem 28.4.1922 wurde die Schleife geliebt und im Gesamtbetriebsratszimmer aufbewahrt. Am Sonnabend den 29.4. wurde mit dem Oberbürgermeister telephonisch mitgeteilt, daß er erschien hätte, der Gesamtbetriebsrat beobachtete, an der Feier einen Kranz mit roter Schleife niedergelegen, er sei der Meinung, daß diese Feier einen neutralen Charakter tragen solle. Und diese Absicht würde geteilt von den übrigen in Frage kommenden Organisationen, insbesondere vom Deutschen Beamtenbund und dem Deutschen Verkehrsverein, die beide zugestanden hätten, einen Kranz mit weißer Schleife niedergelegen. Meine Antwort darauf war, der Gesamtbetriebsrat wird sich für kein Geld nicht vorschreiben lassen, was für eine Schleife an den Kranz komme, selbst wenn eine gleich Organisation sich für Neutralität ausgesprochen hätte. Der Oberbürgermeister antwortete darauf, das könnte doch nur meine Ansicht sein und nicht die des Gesamtbetriebsrates und er verlangte, ich solle diese Meinung den in Frage kommenden Herren vortragen. Inzwischen werde er auf seine Kosten eine schwarze Schleife bestellen und dem Gesamtbetriebsrat zustellen lassen. Die Mitglieder des in Frage kommenden Ausschusses wurden noch am Sonnabend zu einer Besprechung zusammenberufen und auf die Frage, ob der Ausstieg die Haltung des Vorständen dest. stelle sich die Mehrheit auf den Standpunkt, daß, wenn die übrigen Organisationen sich für Neutralität ausgesprochen hätten, müsse man sich letzten Endes an sie anschließen. Erwähnt sei hier, wie oben angeführt, daß die Mehrheit des Ausschusses aus SPD-Leuten bestand. Von mir wurde erklärt, daß ich es unter diesen Umständen dann ablehne, dort hinzugehen und zu sprechen.

Am Sonntag dem 30. April 1922 ist dann die Mehrheit der Kommission nach dem Gesamtbetriebsratszimmer gegangen und hat den Kranz mit der schwarzen Schleife geholt und die rote Schleife hängen lassen, die heute noch dort hängt. Wer gesprochen hat über Oberbürgermeister, Ettel, Roje und Mord, ist in der Tagessprecher vom 2. Mai 1922 nachzulesen. Ich bin weder mitgegangen noch habe ich gesprochen. Zeitstellen will ich noch, daß ich am Sonntag dem 30. April weder im Rathaus war, noch an der Feier teilgenommen habe.

Zeitzustellen, wer nun Angst gehabt hat vor der roten Schleife, überlasse ich der Arbeiterschaft.

Durch diese Feststellungen sind das lügenhafte Geschrei der Volkszeitung und die unwahren Behauptungen Spottkes wohl zur Genüge widerlegt. Weshalb greift die Sozialdemokratische Partei jetzt diesen Fall auf und bringt ihn so entstellt der städtischen Arbeiterschaft zur Kenntnis? Man muß die Ursachen prüfen, um den Wert dieses Geschreies zu erkennen. Die kommunistische Fraktion verlangte, daß den städtischen Arbeitern von ihrem Vorloch 15 Mark belassen werden. Die SPD sieht auf der Seite des Stadtrates und verlangt die volle Zurückzahlung des 30-Mark-Vorloches. Sie lehnte den Antrag der Kommunisten ab. Die SPD sieht also positiv gegen die Arbeiterschaft. Um diese Haltung zu verdecken, tischt sie jetzt das Märchen von der Angst vor der roten Schleife auf. Armelinge Gesellen und dreigige Politikanten.

Das Dresdner Grundstücksamt als Haushänsche

M. Sch. Seit die SPD auch im Dresdner Rathaus offen dem Bürgerblock beigetreten ist, glaubt der Rat, mit Unterstützung von Finsterbusch, Rößel und Co. die Vorherrschaft der klassenbewußten Arbeiterschaft verstärken zu können.

In den städtischen Grundstücken Stadtteil Laubegast, Leitstruktur Straße, schikaniert die Verwaltung einen Teil der Mieter, weil dieselben sich offen für die revolutionäre Arbeiterbewegung einsetzen. Die „verfluchten Bolschewiken“ müssen heraus aus dem Grundstück, koste es, was es wolle. Alles wird versucht, um diesen Mietern das Leben schwer zu machen.

Als ein Mieter zum Amt am Tag des KJB auswärtige Kameraden beherbergt, erhält er ein längeres Schreiben, in welchem mit Rücksichtnahme gedroht wurde, daß beim Einholen von Stroh der Hof aufs größtmögliche verunreinigt werden sei. Weiter wurde verlangt, „die Abhaltung von Versammlungen in Ihrer Wohnung hat zu unterbleiben.“ Tatsache ist, daß sofort nach Einholen des Strohs der Hof gereinigt wurde und daß noch keine Versammlungen in der Wohnung stattgefunden haben. Die Wohnung ist so klein, daß nur 5 Personen Platz haben, also kann von Versammlungen keine Rede sein. Der Mieter erhob sofort Beschwerde beim Grundstücksamt, schied jerner an den Dezernenten Dr. Häberl. Bis heute aber erfolgte noch keine Antwort. Wer nun glaubt, daß Friede eingetreten sei, irrt sich, der Krieg geht weiter. Denn es kann der beste Einwohner nicht in Frieden leben, wenn es dem Grundstücksamt nicht gefällt.

Am 22. Dezember 1927 schickte die Verwaltung folgende Kriegserklärung:

„Wir hatten Ihnen einen Raum für Abstellzwecke überlassen, sie benutzen den Raum zum Abhalten von Versammlungen und Singstunden, wir sind gezwungen, Ihnen den Raum für 31. März 1928 aufzukündigen.“

Der Raum, um den es sich handelt, ist 12 Quadratmeter groß. Weil die Wohnräume zu klein sind, spielt das Kind des Mieters mit seinen Schulfreundinnen in diesem, zu ebener Erde gelegenen Raum. Versammlungen und Singstunden finden nicht statt. Auch wurde das Singen beim Waschen im Waschhaus der Frau verboten. Also ist es schlimmer wie im Zuchthaus, es fehlt nur noch die Zwangsjade.

Gegen diese Maßnahmen muß scharf angekämpft werden. Diese Reaktionären wird bestimmt das Handwerk gelegt. Die KPD-Faktion wird vom Rat Rechenschaft verlangen. Aufgabe der Dresdner Arbeiterschaft ist es, unter Führung der KPD den Rat zu zwingen, diese Schikanen zu unterlassen und darüber hinaus einzutreten für die Befreiung des Rates und unentwegten Kampf gegen die Latschen Blüchers.

Zur Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung

Die am 22. Januar vormittags 10 Uhr im Jirius Sarafani stattfindet, haben die beteiligten Organisationen ein Programm herausgegeben, dessen Titelblatt ein eindrucksvoller Holzschnitt des bekannten Dresdner Künstlers Lachnit bildet. Der Kopf eines aus einer Stirnwunde blutenden Proletariers hebt sich von dunklem Hintergrunde ab. Mit bereits geschlossenen Augen, aber mit geballter Faust und über den Kopf gerecktem Arm mahnt der Tote ... ein „uns beliebter Soldat“ der proletarischen Revolution. Dieses künstlerisch hervorragende Titelbild entspricht durchaus der Vortragsfolge der Kundgebung. Zur Mitwirkung sind außer dem kombinierten, 80 Mann starken Sprechchor des KJB, des KFMB und des NSB Kurt Richter (am Flügel) und der Schauspieler Koch („Komödie“) gewonnen worden. Die Aufführung wird der östlichste kommunistische Reichstagsabgeordnete Siegfried Rädel halten.

Der Charakter der Kundgebung wird treffend gekennzeichnet durch die Worte eines Kennzeichens auf der Rückseite des Programmes:

„Wir wollen nicht schütten zu eurem Grab –
Wir halten es offen ...
Wir halten es offen in unserm Gedächtnis.
Wir lassen auch nicht die Wunden vernarben.
Wir halten sie offen,
Sie sollen schmerzen,
Sie sollen rinnen,
Sie sollen brennen
Und jeden Augenblick erinnern an das,
Was zu tun ist ...“

Am 22. Januar darf es deshalb keinen klassenbewußten Arbeiter in Dresden geben, dessen Herz für die Revolution schlägt, dessen Hirn und Hände für sie arbeiten, der nicht an dieser großen Kundgebung für die Toten der proletarischen Revolution teilnimmt.

Charakterlosigkeit oder Dummheit?

In der Sonnabendnummer der Dresdner Volkszeitung berichtet der „linken“ Unterhaltungsredakteur Paul Mohrmann über den Vortrag Dr. Max Hodanns. Gleich am Anfang seines „objektiven“ Berichts schreibt er, daß Dr. Hodann Mitglied der Kommunistischen Partei sei, um so bei dem Leser der Dresdner Volkszeitung den Eindruck zu erwecken, es handle sich um eine der „üblichen kommunistischen Lohreden“ auf die Sowjetunion. Dies wagt P. M. zu schreiben, obwohl wir in den Einladungen und Ankündigungen betonen, daß Dr. Hodann keiner Partei angehört, und dies der Landessekretär der JAH, Schumann, in seinen einleitenden Worten ebenfalls befürwortet hat. Der Grund, weshalb P. M. die Unwahrheit schreibt, ist offensichtlich: Die Leser der Dresdner Volkszeitung sollen nicht erfahren, daß die

Parteileute, die Nachland besichtigen, im Gegensatz zu den offiziellen SPD-Institutionen, die Sowjetland nie gesehen, die ungeheure Aufbauarbeit, die die Russen unter den schwierigsten Verhältnissen und der dauernden planmäßigen, von der SPD betriebenen Heze durchgeführt haben, rücksichtlos anerkennen. Ist es Dummheit oder Charakterlosigkeit, die P. M. veranlaßt einen solch plumpen Schwund zu schreiben? Wir glauben beides.

Gesunde Feiertage . . .

(Arbeiterkorrespondenz)

„Danke, danke — gleichfalls!“ erwidert es eines Tages auf der Falckenstraße 12/14. „Die Firma kennt mich schon.“

„Ja, da erscheint wiederum das Unternehmertum und wünscht der Arbeiterschaft — gesunde Feiertage — denen, die blau, hohlwangig, sich obrastern für so wenig Geld...“

Um jeden Jahr Taxifahrer wünschen Pfennig müssen sie lämpfen, und wenn Feiertage vor der Tür stehen, der Geldsack wieder gefüllt ist, dann sind sie großzügig und lassen sich sehen vor der Arbeiterschaft — und wünschen Gesundheit für die Feiertage.

Und die gesamte Arbeiterschaft — was sagt ihr dazu? Sie lächelt und hat so oft schon nachgerufen: „Etwas richtiges zu freuen wäre uns lieber...“

Nachdem sie vorüber sind, die Feiertage, Überstunden gesunken zu unterlassen und darüber hinaus einzutreten für die Befreiung des Rates und unentwegten Kampf gegen die Latschen Blüchers.

Ja, so ist das wahre Gesicht der Unternehmer von der Falckenstraße 12/14.

Das verpahte „Wunder“

Uns wird geschrieben:

Ich weiß nicht mehr, was ich denken soll. Wird da immer gefragt, die Kirche sei geistigstüchtig, und dabei läuft sie sich eine solch glänzende Gelegenheit entgehen.

Die Kirche ist Steinhart gestorben. Kein Wasserträpfchen verliert sich ungesträfzt auf die Straße. Aber in der Südbvorstadt, aus der Zionkirche, rieselt ununterbrochen Wasser, immer stärker und stärker. Ungläubige Menschen sollen das Gerücht verbreitet haben, daß heilkriegerische oder mineralhaltige Quellen aufgebrochen seien.

Ach, warum liegt Dresden nicht im gottgesegneten Lande Bayern. Wie schön hätte man ein neues „Gotteswunder“ entstehen lassen können. Aber in dem verschwundischen Sachsen müßte man ja gewißlich sein, daß die Gottlosen sofort untersuchen würden, was hinter einem noch so streng geschützten Eisengitter sich verborge.

Ja, in Bayern, da hätte man die günstige Gelegenheit benutzen können, um zu beweisen, daß Gott Beweise des Vorhandenseins des Abtrünnigen liefern. Man bedenke: Steinhartiger Boden, strenger Frost, aus der Kirche kommt das klare, hellste Wasser. Woher? Unbegreiflich. Also: „Gotteswunder!“ Die gläubigen Christen würden nicht danach fragen, ob ein Wasserleitungsrühr geplatzt ist oder nicht. Sie würden das göttliche Wasser literweise laufen und ... gefund werden. Welch glänzendes Geschäft!

So aber muß nun der Installateur doch wohl oder über das Wasserrohr fließen.

Der gestörte „Gottesdienst“. In der Thomaskirche in Dresden-Altmühl entstand kurz vor Beginn der Predigt auf dem Dachboden ein Brand, der eine Weiterführung des „Gottesdienstes“ unmöglich machte. Da Gott nicht fürsorglich genug in seinem Heuersgehof gelehrt hatte, sorgte die Dresden Feuerwehr für eine erfolgreiche Belebung der Urfache des Altarsverkleidung in Brand geraten war.

Ein wildgewordener Bulle

Heute am Sonntag dem Biechtelner Dahlz auf dem Dresdner Schlachthof seine Hörner in den Unterleib, daß diebstahl ausgeschlagen wurde. Das wütende Tier verlegte auch noch einen Biechtelner, bis es gelang, den Bullen zu bändigen. Beide Biechtelner wurden dem Friedrichshäder Krankenhaus zugeführt. Dahls Zustand ist bedenklich.

Strassenbahnhäuser. Die Kundenverwaltung der Straßenbahnen im Stadtbau Theaterstraße 13 (Hof links) ist bis auf weiteres am Montag durchgehend von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Sie ist fernmündlich zu erreichen von 8 bis 16 Uhr durch Fernsprecher 25 901, nach 18 Uhr durch 21 817.

Edelsteine der Nationen . . .

Man kann feststellen, daß die Ehemaligen fast durchweg noch immer vermögende Leute sind. Sie bekleiden zum überwiegenden Teil den wohl sehr erträglichen, aber wenig anstrengenden Beruf des Schlossherrn oder Villenbesitzer. Sie besitzen weiterhin so bedeutende Vermögen, daß sie fast alle eigene Verwaltungsstellen für ihre Reichtümer und Millionen zulegen müssen. Den deutschen Fürsten zahlt man ja Riesenabfindungen auf Befolgsen; daß es aber auch ohne solche Abfindungen keine hungrigen Prinzen und Könige gibt, wie sie uns deutsch-nationale Phantasten gern vorausgesehen möchten, zeigen ein paar

Ein wildgewordener Bulle

falls in letzter Zeit nicht wenige Blaubürtige sind. Der Herr Joachim von Anhalt heiratete eine Intendantentochter, ebenso nahmen zwei Prinzen des „ruhmvollen“ Hauses Lippe „Töchter des Volkes“. Von weiblichen Mitgliedern zog Charlotte von Schwerin und endlich die so jung verholtene Frau Joukov, frühere Prinzessin Victoria von

Auflistung der Edelsteine findet man in der Geschichte der fiktiven Arbeitslosen, Vorbestraften und Ge-

schichten wenig. Da dienst der Neffe des englischen Königs, Prinz Waldemar von Dänemark als Hauptmann der Fremdenlegion in Mecnes (Maroko), da lebt der Prinz Sigismund von Preußen (Sohn des Prinzen Heinrich) als Plantagenbesitzer in Costa Rica, da filmte der Erzherzog Leopold Salvator in Hollywood, da haben sich schließlich ein paar Prinzen reiche Amerikanerinnen geangelt und sind nach drüben verzogen. Im allgemeinen bevorzugen sie alle das Leben des Nichtstüters und Müßiggängers. Raum einer, der arbeitet.

Nur auf kriminellem Gebiet haben sich eine Reihe hoher Herrschaften ziemlich intensiv betätigt. Der Gothaerische Hofkalender verzeichnet folgende Vorbestrafte:

Prinz Eitel Friedrich (jetzt „Landwirt in Potsdam“), von einem Berliner Gericht wegen Vermögensverlust verurteilt. Prinz Louis von Bourbon, vor wenigen Wochen in Frankreich als Zecher verhaftet. Prinz Windischgrätz als französischer Gast eines ungarischen Gefangenen. Von den Sprößlingen Wilhelms Auguste Wilhelm und Joachim, schelten lassen. Gleich zweis

Das sind die „Edelstenen“ ihrer Nation . . .

Ein flüglicher Rückzug

In der Berufungsinstanz stand am Freitag vor dem Landgericht Dresden die Privataffäre des verantwortlichen Redakteurs des Freitaler Volksblattes, Braun, gegen den Schriftleiter des Freitaler Volkszeitung, Heilbut, statt. Heilbut hatte in einem Artikel, der in der Freitaler Volkszeitung nach der Gemeinderatswahl unter der Überschrift: „Meineid im Hause Stolle?“ erschienen war, gegen Braun den Vorwurf erhoben, sich einer Eidesverleugnung in einem früheren Prozeß, den der Oberbürgermeister Klimpel, bzw. der Rat der Stadt Freital gegen den Verleger Stolle und seinen verantwortlichen Redakteur geführt hatte, schuldig gemacht zu haben. Braun und Stolle bestritten die Eidesverleugnung und sagten wegen Bekleidung. In der am Freitag stattgefundenen Berufungsverhandlung vor dem Landgericht, in der Heilbut durch den Rechtsanwalt Günther vertreten wurde, sollte der Streit der feindlichen Brüder ausgetragen werden. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Nickel, schlug den Parteien vor, die Kriegsagte doch nun endlich zu begraben, alles das, was man sich während des Wahlkampfes gegenseitig an den Kopf geworfen hatte, zu vergessen und nun wieder friedlich und einträchtig nebeneinander zu wohnen. Der warme Appell war nicht vergebens. Herr Stolle, der allen Grund hat, es nicht gut zu sehn mit den Koalitionsgenossen seiner bürgerlichen Parteifreunde zu verderben, nahm die Gelegenheit wahr, und Herr Heilbut willigte noch freudiger ein, sinnemal er eigentlich gar keine Ursache vorlag, das liebliche Koalitionsidyll von der SPD bis zu Herrn Kloß, der Herrn Stolle als Rechtsanwalt vertrat, wegen einer so „geringfügigen“ Sache zu lösen. Warum sollten sich die Herren vor dem Kadi streiten, wo sie sonst so friedfertig und verständnisvoll miteinander arbeiten.

Herr Stolle aber stellte die „Ehe seines Hauses“ wieder her, indem er Herrn Heilbut eine Erklärung diktirte, die dieser unterschrieb und in den Freitaler Volkszeitung zum Abdruck bringen muß. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Um die Differenzen wegen des Artikels „Meineid im Hause Stolle“ in der Freitaler Volkszeitung vom 12. Dezember 1926 zu begraben, haben die Parteien in der Berufungsinstanz folgenden Vergleich geschlossen:

Herr Heilbut erklärt, es habe ihn ferngelegen, Herrn Braun zu beleidigen. Er habe nur die Wahrheit feststellen wollen. Auf Grund aller bisherigen Ermittlungsergebnisse nimmt er die gegen Herrn Braun ausgesprochene Verdächtigung, sich des Meineids schuldig gemacht zu haben, zurück.“

Diese Erklärung ist ein eklanter Rückzug Heilbuts. Herr Stolle hat einen billigen Erfolg erzielt. Da man sich beiderseitig nicht wehe tun wollte, einigte man sich schnell über die Teilung der Kosten, die jeder zur Hälfte tragen wird.

Beschobene Futterstrippen

Freital. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß die sozialdemokratische Fraktion anlässlich der Wiederwahl des Stadtrates Scheibner eine Entlastung abgab, in der sie die Verantwortung für die Politik dieses bürgerlichen Stadtrates ablehnte. Wie haben bereits anlässlich der Wahl auf das demagogische Spiel der SPD-Fraktion hingewiesen, diesen Stadtrat wieder in den Sattel zu heben, auf volle sechs Jahre zu wählen und dann die Verantwortung ablehnen zu wollen. Die Wiederwahl Scheibners durch die SPD-Fraktion hat in den Kreisen der sozialdemokratischen Funktionäre und Arbeiter bestürzt Widerwillen ausgelöst. In der SPD-Fraktion selbst waren die Geister geschieden. Ein Teil unter der Führung Arnolds wollte die Wahl Scheibners auf jeden Fall verhindern. Arnold und seine Freunde wollten der Massentimmung Rechnung tragen und hatten als Kandidaten den Reichstagsabgeordneten Schirmer auf den Schild gehoben. Die unter Einfluß und Führung Klimpels stehenden „Rechten“ setzten diesen Bestrebungen den heftigsten Widerstand entgegen. Wie uns von eingeweihten „Parteigenossen“ erzählt wird, war Schirmer an dieser Aktion lebhaft interessiert. Oberbürgermeister Klimpel, der, wie uns gesagt wird, an der entscheidenden Sitzung nicht teilgenommen hat, ließ der Fraktion in einem Brief wissen, daß auf jeden Fall die Wiederwahl Scheibners erfolgen müsse. Die Opposition wurde von der Mehrzahl der ausgeprochenen „Rechten“ überstimmt und Schirmer bleibt vorläufig noch Amtshauptmann a. D.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, war auch die Wahl des Stadtrats Baumgarten durch die SPD Gegenstand von Differenzen mit dem Bezirkvorstand, der es lieber gesehen hätte, wenn die Freitaler Position nach Gehaltsgruppe 13 mit 160 M. monatlicher Aufwandsentschädigung einem der auf Wertheim oder ohne schwere materielle Basis bekannten linken „Führer“ reserviert worden wäre.

Da die Freitaler Futterstrippen von Herrn Klimpel und seinen Freunden als Preis für die Stützungsaktion der bürgerlichen Parteien gezahlt wurden, mußte manche stille Hoffnung aufzubinden werden. Neben den langen, enttäuschten Gesichtern soll es noch recht unliebsame Differenzen gegeben haben.

Der Protest der Freitaler Stadtverordneten gegen die Verordnung vom 2. Dezember 1927 über Wartezeit erwerbsloser Bau- und Salzarbeiter

Am Freitag stand der Rat der Stadt Freital zur Stellungnahme vor. Es wurde beschlossen, sich diesem Antrag grundsätzlich anzuschließen. Eine Abweichung soll aber insofern eintreten, als die Eingabe nicht an die Reichsregierung, sondern an das Landesamt für Arbeitsvermittlung zu richten ist. Die genannte Stelle soll gleichzeitig darum gebeten werden, gemäß Abs. 2 des Artikels II der obenbezeichneten Verordnung eine Verabsiedlung der Wartezeit auf eine Woche einzutreten zu lassen.

Freital (Stadtteil Birndorf (SPD) zu überragen). Der sozialdemokratische Stadtrat Birndorf ist von seinem Posten zurückgetreten. Offiziell wird mitgeteilt, daß für den Stadtrat Birndorf seine Gesundheitsverhältnisse die Ursache zu diesem Schritte gewesen seien. Die wirtschaftlichen Gründe dürften jedoch anderer Natur sein. Die Späne preisen es von den Dächern und nach Mitteilungen aus den Kreisen von „Eingeweihten“ ist die Mandatenerledigung Birndorfs in dem Jevorwärts Birndorf mit einem großen Teile der Fraktionsmacher der SPD zu juchen. Als Nachfolger Birndorfs wird nach der gleichen Quelle der bisherige Stadtverordnete, Landtagsabgeordnete Schleinitz, genannt. Als weiterer Kandidat wird auch der abgebauten Amtshauptmann, Reichstagsabgeordneter Schirmer, genannt.

Generalversammlung der Freitaler Invaliden und Rentenempfänger

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 3. Januar 1928 fand im Bergeller die 8. Generalversammlung der Invaliden und Rentenempfänger statt, die außerordentlich gut besucht war. Vom Vorzuhenden wurde ein Jahresbericht vorgelegt, der davon Zeugnis gab, daß viele Eingaben und Gefüße für Mitglieder von gutem Erfolg gewesen sind. Vom Kassierer wurde der Kassenbericht abgelegt, der von den Revisorin geprägt und als richtig befunden worden ist. Einstimmig

wurde von den Versammelten Entlastung erteilt. Statutengemäß hatten sämtliche Funktionäre ihre Amtswidrigkeiten aufgezeigt. Beim Punkt Neuwahlen wurden diese aber wieder gewählt bis auf drei, die nicht anwanden waren und für welche neue Beisitzer gewählt wurden. In den weiteren Ausführungen wurde darauf hingewiesen, daß, wenn auch manches besser geworden, noch vieles etklämpft werden müsse. Auch in Freital noch mehr aber in anderen Gemeinden, z. B. in Dippoldiswalde. Dort sieht es mit der Volksfürsorge sehr traurig aus und ein stärkeres Eingreifen der Arbeiterschaft wäre eine große Notwendigkeit. Das Recht, ein menschenwürdiges Leben führen zu können, wie man es doch immer für die in den Außeraud getretenen Beamten (Direktoren, Geistliche, Minister, Bürgermeister usw.) für notwendig erachtet und dafür große Summen von Rentengeldern zur Verfügung steht, muß den Arbeitern, wenn diese alt geworden, zugestanden werden. Darum ist die Aufforderung bestrebt: Invaliden und Rentenempfänger, halte fest zusammen, unterstütze eure Vertreter im Verband und Parlament durch tatkräftige Unterstützung von euch aus. Möge dies die Arbeiterschaft vertretenen Gewählten anspornen zu aktiverer Vertretung eurer berechtigten Interessen! Darum auf zu weiterem Kampf im neuen Jahr 1928!

Radeberg. (Erhöhung der Ortspreise in der Sozialversicherung) Der Stadtrat Radeberg — Versicherungsamt — schreibt uns: Die Ortspreise (Versiegung, Wohnung, Feuerung, Beleuchtung) für die Sozialversicherung sind mit Wirkung vom 1. Januar 1928 in den Bezirken sämtlicher sächsischer Versicherungsbüro neu festgesetzt worden. Der monatliche Gesamtbetrag für Wohnung, Versiegung, Feuerung und Beleuchtung für einen Arbeitnehmer ohne Familie ist wie folgt festgesetzt worden: 1. Für Versicherer bis zu 16 Jahren, sowie weibliche Haus- und Wirtschaftsgehilfen, Aufwärterinnen und Lehrlinge 32 M. 2. Für Versicherer über 16 Jahre, jenseitig sie nicht unter 1 oder 3 gehörigen, 48 M. 3. Für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener oder höherer Stellung 72 M. Die näheren Bestimmungen hierüber können beim Versicherungsamt des Stadtrates und bei der Allgemeinen Ortsrententafel Radeberg eingesehen werden.

Der Januskopf des Bürgertums in Schandau

(Arbeiterkorrespondenz)

21 Jahre lang war er Oberhaupt der Stadt, und nach jahrelangen Kämpfen und vielen Prozessen ging er am 1. November 1927 in Pension, und dann, nach wenigen Wochen, starb er — der Bürgermeister Voigt! Die gesamte Arbeiterschaft hatte Grund, nicht trauernd an der Bahn zu stehen, denn seit Wirken in zwei Jahrzehnten gegen die Arbeiterschaft bleibt unvergessen! Und die bürgerliche Sipplikat, die ihn zum Teil aus persönlichen Gründen bekämpft, schwankt um, vergleicht Krocodile, lädt warme Nachtruhe vom Stapel, und alles, alles nur um Schein, im Innern denkt sie anders. Aber sie waren in eine fatale Lage gelangt, und besonders der bürgerliche Stadtvorsteher Lange, der so oft mit ihm auf den Gerichten war. In der letzten Sitzung verstandet er einen ehrlichen Nachruf und die Linke verläßt geschlossen den Saal. Es ist der selbe Herr Lange, der vor einiger Zeit von Herrn Voigt

verklagt worden war, weil er, bei einer dritten Person telefonisch angefragt hatte, in welch zweitklassiger Gesellschaft er sich befunden habe, und er hatte sich dabei beleidigt gefühlt. Jetzt nun ist alles vorbei, man singt ein Lied und ist tief bewegt; wenige Tage vorher sprachen sie anders, die Bürgerlichen mit dem doppelten Gesicht! Und der Partei Siebner hat auch das Nötige beigetragen, ist für den Toten eingetreten und hat Kritik an einem Nachruß geübt, und nun ist großes Gesicht! Für die Arbeiterschaft ist dieser Fall erledigt, es lebt nicht mehr, und nun gilt es, wachsam zu sein, um nicht denselben Geist wieder in Schandau einzuladen zu lassen.

Es tut mir in der Seele weh...

(Arbeiterkorrespondenz)

Königstein. Das neue Jahr hat begonnen und damit auch ein Jahr der Arbeit, des Kampfes in Keenigstein! Wir sind im alten Jahr, trotz der Hindernisse und einer oft recht gehässigen, periodischen Bekämpfung unserer Genossen ein gut Stück vorwärts gekommen. Nun gilt es, nicht zu erlahmen, sondern neue Mitglieder und Leser zu werben. Ferner gilt es, den noch in bürgerlichen Vereinen, Parteien und Verbänden stehenden Arbeitern klarzumachen, daß sie sich dadurch selbst das Grab schauen. Man denkt da unwillkürlich an den Ausspruch Goethes in Faust:

„Es tut mir in der Seele weh, wenn ich dich in dieser Gesellschaft seh!“

Mit geradezu lärglichen Lohn können sie nur noch dürfsig ihr Leben fristen. Trotz allem haben sie noch nicht erkannt, daß die Gegner der Arbeiterschaft im bürgerlichen Lager sitzen und sie alle gegen jede Befestigung der Arbeiterschaft arbeiten.

Ja, es tut einem in der Seele weh, zu sehen die vielen aus den untersten Schichten bei den Aufzügen der bürgerlichen Sipplikat, sei es im Gefang., Militär-, Turn- oder Sportvereinen, im Roten Kreuz usw. Wer weiterhin sich noch in dieser Gesellschaft bewegt und zum Teil obendrein noch steht ist, ist sich selbst sein eigener Totengräber. Jeder Arbeiter und jedem Arbeiter muß so lange gelacht werden, bis sie erkennen, daß die einzige entschlossene, politische Vertretung der Arbeiterschaft die Kommunistische Partei und ihre Sprachrohr, die Arbeiterstimme, ist.

Nunwärts, Genossen, zu neuer Arbeit und zum Kampf gegen die bürgerliche und reformistische Sipplikat in Keenigstein!

Eine Erwerbslosenversammlung in Bautzen

fand in den Drei Linden statt, in der Stadtverordneten Martin Schneider, Dresden, über das Reichs-erwerbslosenversicherungsgesetz sprach. Er stellte die arbeitfeindliche Tendenz dieses Bürgerblod-Gesetzes fest und unterzog die befürwortende Haltung der Sozialdemokratie einer vernichtenden Kritik. Er zeigte insbesondere auf, daß die Sozialdemokratie die grundsätzliche Stellungnahme des Sozialistenkongresses von 1910 mit Füßen trete und allein die Kommunistische Partei die dort aufgestellten grundsätzlichen Forderungen der Arbeiterschaft aufrecht erhalten habe. Einstimmig nahm die gutbesuchte Versammlung eine im Sinne des Referates gehaltene Entschließung gegen das Versicherungsgesetz an.

Wer wagt die ungeheuren Fortschritte Gotwjetrußlands zu bestreiten?

Am Freitag sprach im kleinen Saal des Künstlerhauses der bekannte Berliner Stadtarzt Dr. Max Hodann über seine in der USSR gemachten Erfahrungen. Der lange vor Beginn der Versammlung überfüllte Saal bewies das außerordentliche Interesse, das die Tätigkeit für Sowjet-Russland haben. Es ist zu hoffen, daß die IJH, die in den nächsten Wochen eine Reihe weiterer Vorträge, in denen namhafte Politiker Deutschlands sprechen werden, veranstaltet, dies in größeren Lokalen tut, um so breiteren Öffentlichkeit die Teilnahme zu ermöglichen.

Gleich eingangs seiner Ausführungen betonte Dr. Hodann, der selbst parteilos ist, daß die meisten Menschen bei der Beurteilung des Auslands fast immer Deutschland als Maßstab anwenden. Das ist natürlich — so erklärte Dr. Hodann — grundsätzlich und muß logischerweise zu ganz abwegigen Urteilen führen. Dies zeigt sich insbesondere bei der Beurteilung Russlands deutlich. Doch darüber der Sozialismus in seiner leichten Form noch nicht durchgeführt ist, ist klar, und von einem Patriades kann nicht die Rede sein. Das furchtbare Erbe, daß die Bolschewiki nach der Machteroberung übernommenen, wurde durch die Jahre des Bürgerkrieges und der Hungersnotkatastrophe noch verschärft. In Russland leben non den etwa 145 Millionen Einwohnern nur etwa 20 Millionen in den Städten. Dies zeigt schon den großen Einfluß des Bauerntums. Wenn man also Sowjet-Russland beurteilen will, muß man fragen: Wie war es unter dem Zaren, wie ist es jetzt.

Begleitet war der Empfang

der der IJH-Delegation bereitet wurde. Tausende und aber Tausende von Arbeitern, Bauern, Rotarmisten und Angehörigen der Roten Marine hatten sich eingefunden. Dann schickte Genosse Dr. Hodann die roten Bastillen: Leningrad und Moskau. Seine oft von gutem Humor, aber auch bissigem Spott und Satire gewürzten Ausführungen wurden noch gut ergänzt durch die selbstaufgenommenen Lichtbilder. Einen besonderen Eindruck macht der historische Kreml, der 200 Jahre die Zwingburg der Zaren war. Heute ist er der Sitz der Sowjetregierung, und auf seinen Zinnen flattern die roten Fahnen ... Von der Kathedrale, von der früher jede Stunde das Glöckenspiel „Gott erhalte den Zaren“ erklang, erlangt er jetzt die — „Internationale“!

Wie lebt der Russ?

In bezug auf Nahrung bedeutend besser als der deutsche Arbeiter. Textilwaren sind noch zu hoch im Preis. Man muß aber bei der Berechnung des realen Verdienstes der russischen Arbeiter nicht vergessen, daß sie so gut wie keine Steuern zahlen und die bedeutend höheren Sozialleistungen als in Deutschland ohne Abzug vom Lohn gezahlt werden! Neben dem ausgebauten Mutter- und Kinderschutz braucht hier nur noch an die Ferien der Arbeiter erinnert zu werden. Dazu kommt, daß in den Kantinen für billiges Geld ein wirklich gutes Essen verabreicht wird. Auch die Mieten — soweit überhaupt solche erhoben werden — sind bedeutend niedriger als in Deutschland.

Furchtbarer Terror

soll, so schreiben die Bürgerlichen, in Russland herrschen; die Kirchen wurden zerstört und die Pfaffen getötet, so kann man es in

ihren Zeitungen lesen. Was es damit auf sich hat, zeigen eine Anzahl Bilder von Klöstern und Kirchen, die nicht nur nicht zerstört wurden, sondern aus denen die Sowjetregierung Kirchenmuseen gemacht hat. Hier sieht man Schädel aller Art, die von den Pfaffen in Jahrhunderten zusammengehoben wurden. Als Aufsichtspersonal fungieren die — früheren Mönche! Fürwahr, so erklärte Genosse Dr. Hodann, kein Land der Welt hat so „gute Wächter“ ... Daß die Zeiten sich gewandelt haben, zeigten die in den Kirchen angebrachten Leninbilder. Ja einem der früheren Klöster war der Spruch zu lesen: Kommunismus unser Ziel —革命 unter Banner!

Das Kulatentum wird im Ausland zunehst stark überschätzt. Man glaubt, daß es sich um Großgrundbesitzer von ungeheuren Ausmaß handelt. Dies ist nicht der Fall, da ja bekanntlich alle Besitzer der Agrarier aufgeteilt wurden. In starkem Maße zeigen sich auf dem Lande die Auswirkungen der sozialistischen Politik der Sowjetregierung. Der Privathandel beträgt nur noch knapp 30 Prozent des gesamten Handels, der sich in den Großbetrieben konzentriert. An Stelle der individuellen Arbeit wird überall die Kollektivarbeit in den Vordergrund gestellt. Die Sowjetregierung unterstellt in überaus reichem Maße die kleineren und mittleren Bauern, die in Genossenschaften zusammengefaßt sind, vor allen auch dadurch, daß sie ihnen an Stelle ihrer veralteten Werkzeuge moderne Traktoren zur Verfügung stellt.

Kinder- und Bekämpfung des Analphabetentums

das sind die Hauptaufgaben der Sowjetregierung, für die sie ungeheure Mittel ausgibt. Für die kulturelle Aufklärung wird viel geleistet; unendlich mehr ist, doch zwingen die geringen Mittel zur Zeit noch zur Zurückhaltung. Eines der charakteristischen Ausbildungsmittel ist die überall zu findende Wandzeitung. Ob in den Betrieben, den Klubs oder bei den Pionieren — überall ist die mit der Hand geschriebene Zeitung, die sich großer Beliebtheit erfreut, zu sehen. — Die Zahl der Neubauten ist in Russland außerordentlich hoch, dabei ist allgemein festzu stellen, daß die Gebäude durchweg in modernem architektonischen Stil erbaut werden.

Mehr als 100 Nationen

leben in Russland friedlich zusammen und arbeiten gemeinsam am großen Werk des Sozialismus. Von einer Unterdrückung einzelner Nationen kann absolut nicht die Rede sein. — Ein besonderes Kapitel sind die sogenannten

verwaisten Kinder,

die nicht, wie in Deutschland, durch die berüchtigten Fürsorgeanstalten mit Bibel und Brügel, sondern durch liebevolle Behandlung erogen werden. Dabei erlernen sie jugendliche in eigenen Werkstätten einen ihnen zugänglichen Beruf, der es ihnen später ermöglichen soll, Arbeit zu erhalten und so ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu werden. Durch die geringen zur Verfügung stehenden Mittel bleibt natürlich noch viel zu tun, aber überall ist ein guter Anfang zu verzeichnen. So kann man auf allen Gebieten sehen, daß mit großer Energie und großen Opfern der Sozialismus aufgebaut wird.

Deins Geist ist überall zu spüren!

Sowjetrußland ist das Volkwerk der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt! Man mag — so führt Genosse Hodann zum Schlus — unter lebhaftem Beifall aus — zu dem System und seinen Methoden stehen wie man will, aber eines mühte den Arbeitern, gleich in welchem Parteilager sie stehen, den Kampf der Bürgerlichen aller Schattierungen gegen Russland beweisen: die Notwendigkeit, Sowjetrußland als den ersten Arbeiter- und Bauernschlager!

Bürgerblodjustiz gegen Proletariat!

Genosse Rechtsanwalt Dr. Ross Helm. Beteiligter des wegen „Reichswehrzerstörung“ verurteilten Genossen Fr. Henzel, spricht am Dienstag dem 10. Januar, 1928 Uhr im Saal des Bürgergartens, Dresden-Löbtau, über die Bedeutung des Prozesses Henzel für das Proletariat.

Arbeiter! Beteiligt euch! Solidarität und Stellungnahme für Genossen Henzel!

Gewerkschaftliches

Streik als strafbare Handlung

Das neue Strafgesetz soll die Streifreiheit vernichten

Das von der Bürgerblödregierung erreichte neue Strafgesetz soll die kapitalistische Offenheit gegen die Streifreiheit mit einem entscheidenden Streich krönen: Der Streik wird zur strafbaren Handlung gekempft, die mit Gefängnis, ja sogar mit Strafhaus bedroht ist. Seit 1918, wo große Massen der Arbeiterschaft die Koalitions- und Streifreiheit gesichtlich glaubten, ist die Bourgeoisie im Bündnis mit den sozialdemokratischen Führern Schritt für Schritt vorgegangen, hat sie einen Angriff nach dem andern auf die Streiffreiheit gemacht. Ebert hat schon 1920 den Streik der städtischen Arbeiter und 1922 den Streik der Eisenbahner verbunden und Streikfassen beschlagnahmen lassen. Ohne gesetzliche Unterlage stempte die Klassenjustiz einfach durch eine dementsprechende "Rechtsprechung" den Streik der Beamten zur verbotenen Handlung. Die Schlichtungspraxis wurde immer mehr zum Raub der Streifreiheit. Die deutsche Republik hatte zum Überfluss ihr Strafgesetzbuch fast unverändert von der Wilhelmsthal Monarchie übernommen, und immer häufiger wurden dieselben Paragraphen, die unter Wilhelm II. gegen Streikende angewandt wurden, auch in der Republik zur Verurteilung von Arbeitern benutzt.

Aber alles das genügt der Bourgeoisie noch nicht. Im Entwurf des neuen Strafgesetzes sind nicht nur alle Bestimmungen des bestehenden Strafgesetzes, die gegen Streikende angewandt wurden, wieder enthalten, sondern darüber hinaus sind neue Paragraphen geschaffen, die den Streik bei schweren Strafen verbieten. Es ist der § 238 des neuen Strafgesetzentwurzes, der die schwerste Bedrohung enthält. Selbst in der letzten A.F.U.-Bundesschlussfassung wurde in aufgestellten Richtlinien festgestellt, daß dieser § 238 den Raub des Streifrechtes bedeutet.

Dieser § 238 lautet:

"Wer den Betrieb einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Eisenbahn-, Straßenbahn-, Schwebefähn-, Kraft-, Fahrklinie, Schiffahrt-, oder Luftfahrtunternehmung eines Schiffes, oder Flughafens, der Post eines zur öffentlichen Verbringung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Werkes, einer dem Schutz gegen Feuergefahr dienenden öffentlichen Einrichtung oder staatlichen Anstalt, die der Landesverteidigung dient, dadurch verhindert oder stört, daß er bestandener oder Zubehör beschädigt, zerstört, beleidigt, verändert oder außer Tätigkeit setzt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Verhältnis ist strafbar. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren."

Dieser Paragraph richtet sich gleicherweise gegen sogenannte Sabotageakte wie gegen die Arbeitsniederlegung in den oben bezeichneten Betrieben. Die Umschreibung dieser sogenannten "lebenswichtigen Betriebe" ist mit Abstand so unbestimmt gehalten, daß die reaktionären Richter ohne Mühe sogar Bergwerke, weil sie „zur öffentlichen Verbringung mit Wärme“ dienen, oder Metallbetriebe, weil sie der „Landesverteidigung“ dienen, in sie einteilen können usw. usw. Wer einen solchen Betrieb durch Arbeitsniederlegung „außer Tätigkeit setzt“, soll strafbar sein. Das bisher fälschlich bestehende Streitverbot für Eisenbahnbeamte soll also auf die Straßenbahnen, Schiffe, Elektrizitätswerke und weitere Schichten ausgedehnt werden. Die Anwendungsmöglichkeit des Paragraphen ist geradezu unbegrenzt, ja, es gibt überhaupt keinen Berufsweig, der vor den Klassenrichtern im Falle eines Streiks nicht unter diesen Rautenschulparagraf gebracht würde.

In der Begründung der Reichsregierung zu diesem Paragraphen wird ausdrücklich gefragt, daß die bedrohten Handlungen in Arbeitskämpfen angewandt werden und daß das Gesetz sich über die Strafbarkeit derartiger Handlungen klar aussprechen müsse. Wörtlich wird dann noch hinzugefügt:

„Es sind Fälle denkbar, wo die Androhung von Gefängnis nicht ausreicht... Wer z. B. einer Großklade des Wassers oder das Licht abschneidet oder wer die Zufuhr von Milch oder anderer Lebensmittel durch die in § 238 geschützten Verkehrsmittele verhindert, muß mit schwerer Verbrechensstrafe belegt werden können.“

Der § 239 bedroht Sabotageakte und Arbeitsniederlegung in Telegraphen, Fernsprech, Film- oder Röhrenanlagen mit Gefängnis und Zuchthaus.

Der Expressionsparagraph des bestehenden Strafgesetzbuchs ist schon in zahlreichen Fällen zur Verurteilung streikender Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre angewandt worden. Der Expressionsparagraph im neuen Entwurf (§ 339) bietet dieselben Handhaben; wieder fehlt die Bestimmung, die keine Anwendung auf streikende oder mit dem Streik drohende Arbeiter ausschließt.

Der Große-Umfang-Paragraph, der bisher vor allem zur Strafverfolgung von Streikposten diente, ist im neuen Entwurf in dieser Hinsicht noch verschärft. Es heißt in Absatz 1 des § 305, daß jeder strafbar ist, der durch „ungebühr-

Der zweite Verhandlungstag des Kongresses der Freidenker-Internationale

(Telephonischer Bericht unseres Sonderberichterstatters.)

Der zweite Verhandlungstag ist, was die öffentlichen Verhandlungen anbetrifft, ausgefüllt von der Eröffnung der Freidenker-Ausstellung und der Veröffentlichung der einzelnen nationalen Sektionen. Aus dem Bericht des Generalsekretärs Franzl Wien, erfuhr man, daß zehn Länder mit sechs Organisationen der Internationale eingetragen sind. Richtig bezeichnete Franzl als Pflicht der Internationale, in jedem Lande für das Bestehen nur einer proletarischen Freidenkerorganisation Sorge zu tragen. Die Internationale umfaßt jetzt 180000 Mitglieder. Davon sind aber nur 400000 Zahlende. Die Finanzen stünden gut. Ins neue Jahr sei man mit einem finanziellen Plus hineingegangen.

Von allen Ländern steht, was die Freidenkerbewegung betrifft, England am schlechtesten da. Franzl muß das vollkommenen Mitglied der Gründung einer proletarischen Freidenkerorganisation mitteilen. Dementsprechend sieht auch der Sozialismus in ihrer religiösen Prägung durch Macdonald aus.

Im übrigen geht es nach Franzls Bericht in allen Ländern vorwärts. Vor allem kommt es überall zur Trennung von bürgerlichen Freidenkerlementen und zur Proletarisierung der Freidenkerbewegung.

Der politisch schlechteste und auch sonst in jeder Beziehung därfüchtige Bericht wurde von dem Kultussekretär Schmidt des deutschen Verbandes, der jetzt 222000 Mitglieder zählt, erstattet. Er sprach zwar von der zu bekämpfenden Verfälschung der Arbeiter, aber kein Wort von dem religiösen Sozialismus als

der ideologischen Seite der praktischen Koalitionspolitik der SPD mit dem Zenitum. Er sprach davon, daß gerade in Köln die Verfälschung der Arbeiter weit fortgeschritten sei, aber er sagte keinen Ton über die Rheinische Zeitung, die in ihrer künftigen Kulturbeitrage die wichtigste Trägerin des religiösen Sozialismus ist. Überhaupt schadet er alle Schule den Arbeitern zu und meinte resignierend, in einer Demokratie dürfe man sich nicht wundern, daß die Mehrheit der Schulen konfessionell ist, wenn die Mehrheit der Arbeiter sich noch in der Kirche befindet. Er schloß mit der Bemerkung, man müsse gegen beide Richtungen der Arbeiterbewegung kämpfen, mit dem Rufe: Heraus aus der Kirche als der Vorbereitung zum Sozialismus.

Von den übrigen Länderberichten ist noch besonders hervorzuheben, was Franzl an sich für Österreich mitteilte. Franzl wandte sich ziemlich stark gegen die Bevölkerung der österreichischen Sozialdemokraten, in der Religionsfrage die Neutralität zu über, um gegenüber auch mit den Christlich-Socialen in einer Koalitionsgouvernement zu gehen. Franzl schilderte recht interessant, wie er sich persönlich auf dem letzten Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten um die Durchführung des marxistischen Standpunktes in der Weltanschauungsfrage bemüht habe, wie er aber infolge der Koalitionswünsche seiner Partei eine glatte Niederlage erlitten.

Bei dem Abschluß der Berichterstattung gegen acht Uhr abends war die sowjetrussische Delegation immer noch nicht eingetroffen. Die Tagung stand am Freitag ihre Fortsetzung durch verschiedene wichtige Referate und Korreferate.

Juteplinnerei Ostrik

(Arbeiterkorrespondenz)

liches Verhalten die Allgemeinheit belästigt oder beunruhigt". Eine herliche Formulierung für die Klassenrichter!

Nachdem im Entwurf der Streik in sogenannten lebenswichtigen Betrieben mit schweren Strafen bedroht ist, sind auch die Paragraphen, die „Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gewebe und Verordnungen“ und „Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ mit Gefängnis bedroht, mehr als bisher auch gegen die freien Gewerkschaften gerichtet. Diese Tatbestände sind in den §§ 160 und 171 enthalten, die ohne weiteres gegen Streiführer angewandt werden können.

Diese kurze Bezeichnung des neuen Strafgesetzentwurzes vom freigewerkschaftlichen Standpunkt aus zeigt, daß die organisierte Arbeiterschaft ein Lebensinteresse daran hat, das Zuchthausgefetz zu verhindern. Auf allen Gebieten bringt das neue Strafgesetz nur schamlose reaktionäre Bestimmungen. Zugem. sollen die reaktionären Klasserichter durch das „freie Richterliche Ermeessen“ mehr Machtfull als je in die Hände bekommen.

Keinem Arbeiter wird nun der Zweck dieses Zuchthausparagraphen mehr zweifelhaft sein. Er darf nie Gesez werden. Er würde den glorreichen Ruhm der Streiffreiheit bedeuten.

Noch haben die Instanzen der freien Gewerkschaften keinen Finger gerührt, um mit juristischer Abwehr des Zuchthausgefetzes beizutreten. Die Arbeiterschaft muß daran hinwirken, daß die freien Gewerkschaften in die Abwehrfront eintreten, in der die kommunistische Partei schon längst an führender Stelle lämpft. Gegen den Entwurf des Strafgesetzbuches genügt es nicht lediglich mit parlamentarischen Methoden zu „protestieren“ und zu kuhhandeln. Hier geht es um das wichtigste Elementarrecht der Arbeiterschaft. Deshalb muß die ganze Macht des Proletariats in außerparlamentarischen Kampf eingesetzt werden, um in vereiter Kraft und mit allen verfügbaren Kampfmitteln dieses Zuchthausgesetz schlimmster Art zu verhindern.

Eine geradezu schamlose Haltung hat der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten, und Beamtenverbände eingenommen, der in einer Erklärung den Strafgesetzentwurf der Bürgerblödregierung begrüßt und in diesem Rahmen lediglich ein paar Worte findet, daß die im Arbeitskampf angekündigten Strafen zu hoch seien. Der Gewerkschaftsrat fordert, daß höhere Strafen einen Zusatzantrag, der zum Schutz der Arbeiterschaft auch Strafen für die Unternehmer feststellt. Im übrigen stimmt er dem Manteltarifvertrag zu.

Reichstarbeitsvertrag im Versicherungsgewerbe

Der Zentralverband der Angestellten hat den Vertrag gejagt, nicht nur die geldlichen Leistungen, sondern auch den Manteltarif zum 31. März 1928 zu kündigen. Da die Kündigung auf Grund der tariflichen Bestimmungen aber nur wirksam werden kann, wenn mindestens noch ein anderer der am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenverbände ebenfalls die Kündigung ausprägt, aber keiner der andern Angestelltenverbände eine solche Erklärung abgegeben hat, konnte eine Kündigung des Manteltarifvertrages durch den ZdA nicht erfolgen.

In der letzten Textilarbeiterzeitung ist ein Artikel zu lesen: „Kommunistische Zellenten der Textilarbeiterverband“ Es ist dort ein Kundschreiben der „Opposition“ abgedruckt, welches besagt, daß bei den kommenden Ortsverwaltungswahlen alles getan werden muß, um die Ortsverwaltung in die Hände der Opposition zu bekommen, um diese die Reformisten aus der Hand zu reißen. Darüber natürlich großes Geschrei seitens der Leitung über Zersplitterung und Schwächung des Verbandes. Kollegen! Wie steht es nun aber im Textilarbeiterverband mit der Kampfraft unter Leitung der reformistischen Vertrags aus? Ihr braucht euch bloß in der Juteplinnerei Ostrik umzusehen. Seit 14 Tagen müßt ihr Überstunden schinden, und warum? Haben euch das die Holzgärtner, Buntzel und Konzerten geläßt? Nein, sie haben euch erklärt, daß wichtige Aufträge eingegangen sind und es deshalb notwendig wäre, länger zu schuften. Was ist aber der wirkliche Grund eurer Längearbeit? Nun, Kollegen, der Schwesternbetrieb in Oppeln ist wohlgelegt worden, und in Schiffbeck befinden sich eure Kollegen schon drei Wochen im Streik. Sollten das eure Führer Buntzel und Holzgärtner nicht gewußt haben, oder ist es in eurem Verband so, daß die eine Hand nicht wissen darf, was die andere tut? Als Verbandsfunktionäre mißtien sie es wissen und haben es gewußt. Es wäre ihre erste Aufgabe gewesen, euch darüber zu unterrichten, um zu verhindern, daß in eurem Betrieb Streikbrecherarbeit getan wird. Wollt ihr noch länger dulden, daß eure Kollegen in Oppeln und Schiffbeck auf der Straße liegen, indem ihr von den Reaktionären mit Hilfe eures Verbandes zu Streikbrechern missbraucht werdet? Kollegen! Augen auf, und ihr werdet erkennen, daß der schöne Neujahrsgruß in eurer Verbandszeitung elende Phrasen ist. Sicht ihrt denn nicht das freundliche Händeschütteln zwischen Direktor und Betriebsrat? Oder soll das etwa zum Kampf um bessere Lebensbedingungen beitragen? Deshalb Kollegen und Kolleginnen, sagen wir euch, macht die Worte wahr, die einmal August Bebel gesagt hat: „Sicht euch eure Führer an!“ Werdet aktiver Kämpfer in eurem Verband und macht eure Gewerkschaft wieder zu einem Klassenkampfinstrument. Sagt die Leute, die euch bewußt verraten, zum Teufel! Sorgt dafür, daß bei den kommenden Ortsverwaltungswahlen nur solche Kollegen gewählt werden, die gewillt sind, ehrlich und aufrecht die Interessen der werktäglichen Bevölkerung zu vertreten. Reicht euch ein in die rote Front des kämpfenden Proletariats! Lest die Arbeiterstimme!

Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Achtung, Kurzteilnehmer! Die Fortsetzung unserer Vorlesungsveranstaltung über „Sozialpolitik“ beginnt wieder am Dienstag, dem 10. Januar 1928, 19 Uhr, im Zelten des Wettiner Gymnasiums. Genosse Rintke spricht über die Angestelltenversicherung.

Berantwortlich für Politik: Bruno Goldammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck: „Bezug“, Dresden.

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(27. Fortsetzung.)

„Es könnte in der nächsten Zeit zum Streik kommen. Und da wäre es sowohl für Sie als auch für mich peinlich, wenn... Ich verstehe. Wollen Sie mir nicht Ihre Forderungen mitteilen, vielleicht gelingt es mir, meinen Vater zu überreden.“

Harvey und Jack Benson sprachen noch eine Weile miteinander, schließlich lagte Harvey:

„Ich muß die Berechtigung Ihrer Forderungen anerkennen, werde noch heute in dieser Angelegenheit meinem Vater schreiben. Gelingt es mir nicht, ihn zu überreden...“

„So werden wir streiken.“

„Dann wünsche ich Ihnen einen glücklichen Ausgang des Streiks.“

Der junge Arbeiter lachte.

„Wenn Ihr Vater Sie hört, Herr Word!“

„Und wenn Sie uns etwas mitzuteilen haben, so kommen Sie, bitte, zu Frau Mathers, das können Sie doch, nicht wahr?“

„Ja.“

Jack Benson verabschiedete sich und Harvey und die junge Frau blieben allein zurück.

Grace war äußerst aufgeregt über die soeben vernommene Nachricht.

„Wenn wir nun doch endlich die richtige Spur gefunden hätten,“ rief sie.

Harvey blickte ungläublich drein.

„Das Ganze klingt etwas phantastisch,“ entgegnete er.

„Außerdem hat Benson die Worte von einem unzuverlässigen Menschen, von einem Spießherr gehör... Jedermann aber werde ich der Spur nachgehen.“

„Wie gut Sie sind. Ich weiß, daß Sie nicht an diese neue Möglichkeit glauben, Sie sind aber dennoch bereit, alles zu tun, bisweil Sie wissen, daß es für mich eine Verhüllung ist.“

„Ich tute Ihnen zu lieb alles auf der Welt.“

Sie lächelte ihn an.

„Sie sind wirklich ein guter Freund, Harvey.“

Noch nie hatte sie ihn bei seinem Vornamen genannt, das

Blut schoß ihm ins Gesicht, er vergaß alle Vorsicht, beugte sich über die junge Frau nieder, flüsterte:

„Kurz ein guter Freund, Grace? Werde ich Ihnen nie mehr sein können? Sie müssen ja wissen, daß ich Sie liebe.“

Grace wich ein wenig zurück.

„Harvey... nicht... Sie...“

„Ja, ich weiß. Sie denken an John. Ich weiß, daß er in Ihrem Herzen stets den ersten Platz einnehmen wird. Aber können Sie nicht auch mich ein wenig lieb haben? Ich bin genügend, Grace, verlange ja bloß mit Ihnen zusammen zu sein, Ihnen dienen, Sie beschützen zu dürfen. Es wäre keine Untreue John gegenüber. Sein Andenken ist uns beiden gleich heilig, wir würden zusammen...“

„Sie quälen mich.“

„Liebste, verzeihen Sie mir. Aber ich liebe Sie so, bin so unglaublich, so verzweift.“

Sie blickte ihn betrübt an, sagte leise:

„Ich empfinde für Sie nur Freundschaft.“

„Das genügt mir. Grace, Liebste, schenken Sie mich nicht fort. Ich kann ein Leben ohne Sie nicht ertragen.“

Seine Leidenschaft, der quälende Ausdruck seines Gesichtes türmten die junge Frau. Zögrend, mit leicht zitternder Stimme, sagte sie:

„Wenn Ihnen meine Freundschaft wirklich genügt...“

„Ja, ja, Liebste.“

Er zog sie in seine Arme; da er jedoch sah, daß sie erschrocken zurückwich, beherrschte er sich und küßte nur innig die kleine weiße Hand.

Es gelang Harvey, Grace davon zu überzeugen, daß es gar keinen Sinn hätte, die Hochzeit hinauszuschieben. Waren sie einmal verheiratet, so könnten sie viel besser gemeinsam nach Rawleys Mörder forschen.

Die junge Frau schien dies einzusehen; sie befand sich in einer seltsamen Geistesverfassung. Bisweilen war ihr, als begreife sie ein Unrecht an dem Toten; John Rawley stand vor ihren Augen, lebendiger schier als Harvey, ihrem Herzen näher; dann sah sie sich an den Schreibtisch, um an den jungen Word zu schreiben, er möge ihr verzeihen, aber sie könne nicht seine Frau werden. Doch wurde der Brief nie abgeschickt, denn es gab auch Stunden, da der Lebende mit seiner großen innigen Liebe den Toten verdrängte. In Harveys Gegenwart schwand die furchtbare Einsamkeit, von der Grace so häufig gequält wurde, er brachte Licht und Farbe in die Einsamkeit ihres

Daseins, und sie mußte sich selbst gestehen, daß sie ihn nicht mehr missen könnte. So vergingen für sie die Tage, zerrissen vom Zwiespalt ihrer Gefühle.

Harveys Verhalten der jungen Frau gegenüber war ein äußerst seliges; nicht umsonst hatte er sich jahrelang mit Psychoanalyse beschäftigt, er begriff ihre Gefühle völlig, kannte jede Nuance ihrer Stimmung, wußte sich ihnen anzupassen. Er hielt seine Leidenschaft im Zaum, lehrte den Freund heraus, ließ Grace immer wieder vergessen, daß er Rechte auf sie habe, daß sie nur ihm gehö

